

(Stempelsteuerfrei laut Artikel 19, Tabelle B des Dekretes des Präsidenten der Republik vom 26. Oktober 1972, Nr. 642)

Urkundenrolle Nr. 3810 ----- Sammlung Nr. 3343

GRÜNDUNGSAKT EINER GENOSSENSCHAFT

ITALIENISCHE REPUBLIK

Am vierten Juli zweitausendvierundzwanzig

(04.07.2024);

in Bozen, in meiner Kanzlei in der A. Duca d'Aosta Allee Nr. 100;

vor mir, RA Dr. Stefania Bez, Notar in Bozen, eingeschrieben im Notariatskollegium von Bozen;

sind erschienen:

- **EGGER Siegfried**, geboren in Bozen (BZ) am 15. August 1970, wohnhaft in Jenesien (BZ), Pichl Nr. 30/B, italienischer Staatsbürger, Steuernummer: GGR SFR 70M15 A952B;

- **KLAMMER Thomas**, geboren in Brixen (BZ) am 21. Juli 1982, wohnhaft in Jenesien (BZ), Loambauern Nr. 6/B, italienischer Staatsbürger, Steuernummer: KLM TMS 82L21 B160R;

- **DUFFEK Johann**, geboren in Frankfurt am Main (Deutschland) am 26. September 1955, wohnhaft in Bozen (BZ), Oswaldweg Nr. 63, italienischer Staatsbürger, Steuernummer: DFF JNN 55P26 Z112G;

- **WIESER Thomas**, geboren in Bozen (BZ) am 8. November 1985, wohnhaft in Jenesien (BZ), Pichl Nr. 14/A, italienischer Staatsbürger, Steuernummer: WSR TMS 85S08 A952H;

- **FILL Herbert**, geboren in Brixen (BZ) am 20. April 1967, wohnhaft in Ritten (BZ), Joseph-Planer-Straße Nr. 8, italienischer Staatsbürger, Steuernummer: FLL HBR 67D20 B160O;

- **HUBER Peter**, geboren in Bozen (BZ) am 6. April 1959, wohnhaft in Jenesien (BZ), Dorfstraße Nr. 48/B, italienischer Staatsbürger, Steuernummer: HBR PTR 59D06 A952R;

- **TSCHÖRNER Harald**, geboren in Bozen (BZ) am 24. Februar 1957, wohnhaft in Bozen (BZ), Franz-Von-Defregger-Strasse Nr. 6, italienischer Staatsbürger, Steuernummer: TSC HLD 57B24 A952J;

- **MAIR Monika**, geboren in Ritten (BZ) am 6. Juli 1966, wohnhaft in Jenesien (BZ), Afing Dorf Nr. 49, italienische Staatsbürgerin, Steuernummer: MRA MNK 66L46 H236W;

- **GUTMANN Josef**, geboren in Bozen (BZ) am 17. Februar 1954, wohnhaft in Jenesien (BZ), Landesstrasse Nr. 1/A, italienischer Staatsbürger, Steuernummer: GTM JSF 54B17 A952O;

- **HOFER Gerhard**, geboren in Bruneck (BZ) am 3. September 1974, wohnhaft in Jenesien (BZ), Jenesier Weg Nr. 5/F/B, italienischer Staatsbürger, Steuernummer: HFR GHR 74P03 B220G;

- **ROMEN Paul**, geboren in Bozen (BZ) am 24. Juni 1960, wohnhaft in Jenesien (BZ), Kelderer Weg Nr. 3, italienischer Staatsbürger, Steuernummer: RMN PLA 60H24 A952D;

- **STRAUDI Günther**, geboren in Bozen (BZ) am 3. Dezember 1971, wohnhaft in Jenesien (BZ), Klaf Nr. 7, italienischer Staatsbürger, Steuernummer: STR GTH 71T03 A952G.

Die Erschienenen, deren persönlicher Identität ich Notar Gewissheit habe, ersuchen mich die vorliegende Urkunde abzufassen, um nachstehende Genossenschaft zu gründen:

Artikel 1 - Gründung

Es wird von den Erschienenen eine Genossenschaft unter der Bezeichnung
"Energiegemeinschaft JenesienPlus Genossenschaft"
in italienischer Sprache

"Comunità energetica San GenesioPlus Società Cooperativa"
gegründet.

Artikel 2 - Sitz

Die Genossenschaft hat ihren Sitz in der Gemeinde **Jenesien** (BZ).

Zum Zweck der Eintragung im Handelsregister erklären die Parteien, dass der Sitz der Genossenschaft in Jenesien (BZ), Schranz Nr. 1, ist.

Artikel 3 - Zweck, Gegenstand, Organisation und Organe

Die Genossenschaft ist nach den Grundsätzen der genossenschaftlichen Förderung ohne Zwecke der Privatspekulation ausgerichtet und geregelt. Die Genossenschaft wird gemäß den geltenden gesetzlichen Bestimmungen als Erneuerbare-Energie-Gemeinschaft (kurz: EEG) gegründet. Der Hauptzweck der Gemeinschaft besteht darin, ihren Mitgliedern oder den lokalen Gebieten, in denen sie tätig ist, einen gemeinschaftsweiten ökologischen, wirtschaftlichen oder sozialen Nutzen zu bringen, und nicht darin, finanzielle Gewinne zu erzielen, alles wie genauer in Art. 3) der weiter unten beigelegten Satzungen erörtert.

Unter Berücksichtigung des Förderungsauftrags der Genossenschaft, sowie der Eigenschaften und Interessen der Mitglieder, wie sie unten bestimmt werden, hat die Genossenschaft zum Gegenstand: die Erbringung von Dienstleistungen und die Bereitstellung von Gütern für die Allgemeinheit, welche der Gemeinschaft, in der die Genossenschaft tätig ist, wirtschaftliche, ökologische und soziale Vorteile bringen, wobei den Bedürfnissen derjenigen, die von Energiearmut oder Verwundbarkeit in Energiefragen betroffen sind, besondere Aufmerksamkeit gewidmet wird; die Erbringung von Dienstleistungen für die Mitglieder rund um die Verwaltung der Energiegemeinschaft; die Errichtung von Anlagen, die Erzeugung, die Lieferung, den Verbrauch und die Speicherung von Energie aus erneuerbaren Quellen aus eigenen Anlagen oder aus Anlagen, deren Verfügbarkeit sie aufgrund diverser Titel besitzt, sowie den Verkauf der erzeugten Energie durch Kaufverträge oder durch „Ritiro dedicato“ mit dem GSE, sowie alle weiteren Tätigkeiten, welche in Art. 4) der weiter unten beigelegten Satzungen aufgelistet sind.

Der Zweck, der Gegenstand, die Organisation, die Organe sowie alle übrigen Bestimmungen, welche die Genossenschaft regeln, gehen aus der Satzung hervor, welche von den Erschienenen zur Annahme und von mir Notar unterzeichnet, dieser Urkunde unter Buchstabe **"A"** beigelegt wird und einen integrierenden und wesentlichen Bestandteil derselben bildet. Sie enthält alle laut Art. 2511 und folgende des ZGB erforderlichen Angaben.

Artikel 4 - Dauer

Die Genossenschaft hat eine Dauer bis zum **31.** (einunddreißigsten) **Dezember 2050** (zweitausendfünfzig). Die Dauer kann mit Beschluss der Vollversammlung verlängert werden.

Artikel 5 - Genossenschaftskapital

Das Gesellschaftskapital ist von Gesetz aus variabel. Die Gründungsmitglieder zeichnen einen Geschäftsanteil von je Euro 50,00 (fünfzig Komma null null).

Die Gründungsmitglieder verpflichten sich den jeweiligen Geschäftsanteil in die Gesellschaftskasse auf einfache Anfrage des Verwaltungsorgans einzuzahlen.

Artikel 6 - Verwaltungsorgan

Als Verwaltungsorgan wird ein Verwaltungsrat, bestehend aus 5 (fünf) Mitgliedern

bestellt, welcher für 3 (drei) Geschäftsjahre im Amt bleibt und sich wie folgt zusammensetzt:

- EGGER Siegfried, Obmann;
- KLAMMER Thomas, Obmannstellvertreter;
- DUFFEK Johann, als Mitglied des Verwaltungsrats;
- WIESER Thomas, als Mitglied des Verwaltungsrats;
- FILL Herbert, als Mitglied des Verwaltungsrats.

Die Verwalter, welche anwesend sind, nehmen das ihnen anvertraute Amt an, verlangen die Eintragung der eigenen Ernennung in das Handelsregisteramt im Sinne des Artikels 2383, vierter Absatz, des Zivilgesetzbuches und erklären, dass ihnen gegenüber keine Unwählbarkeits- und Ausschlussgründe sowohl in Italien als auch in jeglichem anderen Land Mitglied der Europäischen Union bestehen. Sie beauftragen mich Notar mit der Erledigung der diesbezüglichen Formalitäten im zuständigen Handelsregister.

Der Obmann ist ermächtigt, an dieser Urkunde und an der beiliegenden Satzung alle Änderungen und Ergänzungen vorzunehmen, welche von den zuständigen Behörden verlangt werden sollten.

Artikel 7 - Schlussbestimmungen

Das erste Geschäftsjahr endet am 31. (einunddreißigsten) Dezember 2024 (zweitausendvierundzwanzig).

Die Vertragsparteien erklären mir, dass der Gesamtbetrag der Spesen für die Gründung der Gesellschaft Euro 1.700,00 (tausendsiebenhundert Komma null null) beträgt und diese zu Lasten der Genossenschaft gehen.

Die Parteien befreien mich Notar von der Verlesung der Anlage.

Diese von einer Person meines Vertrauens geschriebene Urkunde habe ich Notar den Erschienenen verlesen, welche sie ihrem Willen gemäß befunden haben und sie mit mir Notar um 9 (neun) Uhr und 32 (zweiunddreißig) Minuten gesetzmäßig unterschreiben. Diese Urkunde besteht aus insgesamt drei Seiten von einem Bogen, wovon zwei Seiten zur Gänze geschrieben ist und die dritte Seite bis hierher.

Gez. EGGER Siegfried

Gez. KLAMMER Thomas

Gez. DUFFEK Johann

Gez. WIESER Thomas

Gez. FILL Herbert

Gez. HUBER Peter

Gez. TSCHÖRNER Harald

Gez. MAIR Monika

Gez. GUTMANN Josef

Gez. HOFER Gerhard

Gez. ROMEN Paul

Gez. STRAUDI Günther

Gez. Stefania Bez - Notar

L.S.

Energiegemeinschaft JenesienPlus Genossenschaft

Statut

TITEL I

BEZEICHNUNG - SITZ - DAUER

Art. 1 (Gründung und Bezeichnung)

Es ist eine Erneuerbare-Energie-Gemeinschaft in Form einer Genossenschaft mit der Bezeichnung "Energiegemeinschaft JenesienPlus Genossenschaft" in italienischer Übersetzung "Comunità energetica San GenesioPlus Società Cooperativa" mit Sitz in der Gemeinde Jenesien gegründet.

Die Kurzbezeichnung lautet „EEG JenesienPlus Gen.“, in italienischer Übersetzung „CER San GenesioPlus soc.coop.“.

Auf die Genossenschaft finden, sofern der Titel VI des 5. Buches des Zivilgesetzbuches und die für Genossenschaften vorgesehenen Sondergesetze nichts anderes vorsehen, die Bestimmungen über die Gesellschaft mit beschränkter Haftung Anwendung.

Das Tätigkeitsgebiet der Genossenschaft erstreckt sich auf das Gebiet der Primärkabine AC250E90130 für die Gemeinden Jenesien, Ritten und Bozen sowie auf die Gemeinden der daran angrenzenden Primärkabinen.

Die Genossenschaft kann mit Beschluss des Verwaltungsrates, Niederlassungen, Agenturen und Vertretungen auch woanders einrichten. Der Gesellschafterversammlung steht hingegen die Entscheidung zu, Zweigstellen zu errichten.

Art. 2 (Dauer)

Die Genossenschaft hat eine Dauer bis 31. (einunddreißigsten) Dezember 2050 (zweitausendfünfzig) und kann mit Beschluss der Vollversammlung verlängert werden, vorbehaltlich des Austrittsrechts der Mitglieder, die damit nicht einverstanden sind.

TITEL II

ZWECK - GEGENSTAND

Art. 3 (Genossenschaftszweck)

Die Genossenschaft ist nach den Grundsätzen der genossenschaftlichen Förderung ohne Zwecke der Privatspekulation ausgerichtet und geregelt. Die Genossenschaft wird gemäß den geltenden gesetzlichen Bestimmungen als Erneuerbare-Energie-Gemeinschaft (kurz: EEG) gegründet. Der Hauptzweck der Gemeinschaft besteht darin, ihren Mitgliedern oder den lokalen Gebieten, in denen sie tätig ist, einen gemeinschaftsweiten ökologischen, wirtschaftlichen oder sozialen Nutzen zu bringen, und nicht darin, finanzielle Gewinne zu erzielen.

Die Genossenschaft beabsichtigt, den Eigenverbrauch von Energie aus erneuerbaren Quellen zu fördern und zu verbessern, indem sie es Endverbrauchern und/oder Energieerzeugern ermöglicht, sich zusammenzuschließen, um die lokal erzeugte Energie

Statuto

TITOLO I

DENOMINAZIONE - SEDE – DURATA

Art. 1 (Costituzione e denominazione)

E' costituita con sede nel comune di San Genesio Atesino una Comunità Energetica Rinnovabile in forma di una società cooperativa denominata "Energiegemeinschaft JenesienPlus Genossenschaft" nella traduzione italiana "Comunità energetica San GenesioPlus Società Cooperativa".

La denominazione in forma abbreviata è „EEG JenesienPlus Gen.“ nella traduzione italiana „CER San GenesioPlus soc.coop.“.

Alla Cooperativa, per quanto non previsto dal titolo VI del libro V del codice civile e dalle leggi speciali sulla cooperazione, si applicano, in quanto compatibili, le norme sulle società a responsabilità limitata.

La zona di attività della Cooperativa si estende sul territorio della cabina primaria AC250E90130 per i comuni di San Genesio Atesino, Renon e Bolzano e ai comuni delle cabine primarie limitrofe.

La Cooperativa potrà istituire, con delibera del Consiglio di amministrazione, succursali, agenzie e rappresentanze anche altrove.

Spetta invece all'assemblea dei soci l'istituzione di sedi secondarie.

Art. 2 (Durata)

La Cooperativa ha durata fino al 31 (trentuno) dicembre 2050 (duemilacinquanta) e potrà essere prorogata con deliberazione dell'Assemblea, salvo il diritto di recesso per i soci dissenzienti.

TITOLO II

SCOPO – OGGETTO

Art. 3 (Scopo mutualistico)

La Cooperativa è retta e disciplinata secondo il principio della mutualità senza fini di speculazione privata. La Cooperativa è costituita come Comunità Energetica Rinnovabile (in breve: CER) ai sensi della normativa vigente. Lo scopo prevalente della Comunità è quello di fornire benefici ambientali, economici o sociali a livello di comunità ai propri soci o alle aree locali in cui opera, e non quello di ottenere profitti finanziari.

La Cooperativa intende promuovere e valorizzare l'autoconsumo diffuso di energia da fonti rinnovabili consentendo ai consumatori finali e/o produttori di energia di associarsi per condividere l'energia

aus Anlagen für erneuerbare Energien, die sich in der Verfügbarkeit der Genossenschaft befinden, zu teilen. Die Genossenschaft orientiert sich an den Grundsätzen der Dezentralisierung und Lokalisierung der Stromerzeugung und an der bewussten, umweltverträglichen und partizipativen Nutzung und Erzeugung von Energie und fördert ein nachhaltiges, demokratisches, kooperatives und resilientes Energiemodell, das auf der Erzeugung und gemeinsamen Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen beruht.

Die Genossenschaft verfolgt mit genossenschaftlichem Zweck die soziale Funktion, ihren Mitgliedern, die Verbraucher und/oder Erzeuger von Energie sind, den Zugang zu Formen des Eigenverbrauchs von Energie aus erneuerbaren Quellen zu ermöglichen, indem sie ihnen Waren und Dienstleistungen zur Verfügung stellt, die nützlich sind, um Zugang zur Dienstleistung der Valorisierung und Förderung der gemeinsam genutzten Energie zu erhalten.

Die Genossenschaft fördert und unterstützt lokale Projekte und Aktivitäten nach dem Konzept der green community, um die Verbindungen zwischen Akteuren und Gemeinschaft zu stärken, unter anderem durch solidarische Aktivitäten, durch die Bekämpfung von Fragilität und Armut, die Unterstützung und Stärkung des internen Zusammenhalts und die Schaffung von neuem Sozialkapital.

Die Genossenschaft ergreift jede andere Initiative, die geeignet ist, die Interessen ihrer Mitglieder zu schützen, um deren Information und Aufklärung über einen verantwortungsvollen Energieverbrauch zu verbessern, um ihre volle Entscheidungsfreiheit zu fördern, auch um Schäden und Verschwendung im Verbrauchsverhalten, bei der Nutzung von Waren, Dienstleistungen und natürlichen Ressourcen zu vermeiden. Auf diese Weise verfolgt sie das allgemeine Interesse, die Energieeffizienz auf Haushalts- und Produktionsebene zu steigern und zur Bekämpfung der Energie- und Sozialarmut beizutragen, indem sie den Verbrauch reduziert und die Versorgungstarife durch lokale Produktion, Eigenverbrauch und die gemeinsame Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen senkt. Bei der Aufnahme und Durchführung der genossenschaftlichen Geschäftsbeziehungen müssen die Verwalter den Grundsatz der Gleichbehandlung der Mitglieder beachten. Die EEG ist autonom und zeichnet sich als Genossenschaft durch die offene und freiwillige Teilnahme der Mitglieder aus.

Die Genossenschaft kann auch Geschäfte mit Nicht-Mitgliedern abwickeln.

Art. 4 (Gegenstand)

Unter Berücksichtigung des Förderungsauftrags der Genossenschaft, wie er im vorhergehenden Artikel definiert worden ist, sowie der Eigenschaften und Interessen der Mitglieder, wie sie unten bestimmt werden, hat die Genossenschaft zum Gegenstand:

- a) Die Erbringung von Dienstleistungen und die Bereitstellung von Gütern für die Allgemeinheit, welche der Gemeinschaft, in der die Genossenschaft tätig ist, wirtschaftliche, ökologische und soziale Vorteile bringen,

localmente prodotta da impianti alimentati da fonte rinnovabile nella disponibilità della cooperativa stessa.

Si ispira ai principi del decentramento e della localizzazione della produzione energetica, dell'utilizzo e della produzione di energia in modo consapevole, ecosostenibile e partecipato, promuovendo un modello energetico sostenibile, democratico, cooperativo, resiliente e basato sulla produzione e sulla condivisione di energia da fonti rinnovabili.

La Cooperativa persegue, con scopo mutualistico, la funzione sociale di consentire ai soci, consumatori e/o produttori di energia, l'accesso, nei modi previsti dall'ordinamento, a forme di autoconsumo di energia prodotta da fonti rinnovabili, fornendo loro beni e servizi utili ad ottenere la valorizzazione e l'incentivazione economica dell'energia elettrica autoconsumata.

La Cooperativa promuove e supporta progetti e attività locali secondo l'approccio della green community, per il rafforzamento dei legami tra soggetti e comunità, anche attraverso attività di solidarietà, di contrasto alle fragilità ed alle povertà, di sostegno e rafforzamento della coesione interna e di generazione di nuovo capitale sociale.

La cooperativa assume ogni altra iniziativa idonea a tutelare gli interessi dei soci ad accrescerne l'informazione e l'educazione al consumo responsabile di energia onde favorirne la piena libertà di scelta anche al fine di evitare danni e sprechi nei comportamenti di consumo, nell'uso dei beni, dei servizi e delle risorse naturali. In questo modo essa persegue l'interesse generale di aumentare l'efficienza energetica a livello domestico e produttivo e di contribuire a combattere la povertà energetica e sociale mediante la riduzione dei consumi e la calmierazione delle tariffe di fornitura attraverso la produzione locale, l'autoconsumo diffuso e la condivisione di energia da fonti rinnovabili.

Nella costituzione e nell'esecuzione dei rapporti mutualistici, gli Amministratori devono rispettare il principio di parità di trattamento nei confronti dei soci. La CER costituita in forma di Società Cooperativa è autonoma ed è caratterizzata da una partecipazione aperta e volontaria.

La Cooperativa può operare anche con terzi.

Art. 4 (Oggetto sociale)

Considerata l'attività mutualistica della Società, così come definita all'articolo precedente, nonché i requisiti e gli interessi dei soci come più oltre determinati, la Cooperativa ha come oggetto:

- a) la realizzazione di servizi e beni per la collettività in grado di generare benefici economici, ambientali e sociali alla comunità in cui opera la cooperativa, riservando particolare

wobei den Bedürfnissen derjenigen, die von Energiearmut oder Verwundbarkeit in Energiefragen betroffen sind, besondere Aufmerksamkeit gewidmet wird;

- b) Die Erbringung von Dienstleistungen für die Mitglieder rund um die Verwaltung der Energiegemeinschaft;
- c) die Errichtung von Anlagen, die Erzeugung, die Lieferung, den Verbrauch und die Speicherung von Energie aus erneuerbaren Quellen aus eigenen Anlagen oder aus Anlagen, deren Verfügbarkeit sie aufgrund diverser Titel besitzt, sowie den Verkauf der erzeugten Energie durch Kaufverträge oder durch „Ritiro dedicato“ mit dem GSE;
- d) die gemeinsame Nutzung von erneuerbarer Energie innerhalb der EEG, die in Produktionsanlagen erzeugt wird, die Eigentum der Erneuerbare-Energie-Gemeinschaft sind oder der Energie, die ihr anderweitig zur Verfügung gestellt wird;
- e) die Kontrolle der Führung und der Wartung der ihr zur Verfügung stehenden Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energie und die Durchführung aller diesbezüglichen gesetzlichen Anforderungen und der Abschluss von erforderlichen Verträgen mit Drittanbietern;
- f) die Entwicklung, die Erzeugung und die Vermarktung von innovativen Produkten oder Dienstleistungen mit hohem technologischem Wert, einschließlich des Angebots von integrierten Energiedienstleistungen für die Durchführung und die eventuell folgende Verwaltung von Maßnahmen zur Reduzierung des Energieverbrauchs;
- g) der An- und Verkauf, die Errichtung und die Führung von Infrastrukturen, Anlagen, Immobilien oder beweglichen Gütern, welche zur Erreichung des Gesellschaftszwecks notwendig oder nützlich sind;
- h) Die Durchführung von Geschäften für den Kauf oder Verkauf von Energie aus erneuerbaren Quellen im Interesse der Mitglieder und unter Einhaltung der einschlägigen Bestimmungen und technischen Vorschriften;
- i) die Durchführung von Initiativen und die Unterzeichnung von Vereinbarungen mit Handels- und Produktionsunternehmen oder öffentlichen oder privaten Einrichtungen, die darauf abzielen, Förderungen und Erleichterungen zugunsten der Mitglieder im Bereich der Nutzung und Erzeugung von erneuerbarer Energie anzuerkennen;
- j) die Sensibilisierung der Gemeinschaft, in denen sie tätig ist, zu einem bewussten und umweltverträglichen Umgang mit Energie;

Die Genossenschaft kann alle Rechtshandlungen und Rechtsgeschäfte durchführen, die für die Realisierung des Zweckes der Genossenschaft notwendig oder nützlich sind, einschließlich der Errichtung von Fonds für die technologische Entwicklung, für die Neustrukturierung und den Ausbau des Betriebes, und

attentione ai bisogni dei soggetti in condizione di povertà energetica o vulnerabilità;

- b) la realizzazione di servizi per i soci relativi alla gestione della Comunità Energetica;
- c) la realizzazione di impianti, la produzione, la fornitura, il consumo, lo stoccaggio dell'energia da fonti rinnovabili derivante dagli impianti propri o da impianti dei quali detiene, a vario titolo, la disponibilità, nonché la cessione dell'energia prodotta tramite accordi di compravendita o con il servizio di ritiro dedicato con il GSE;
- d) la condivisione, all'interno della stessa Comunità, dell'energia rinnovabile prodotta dagli impianti di produzione di proprietà o dell'energia messa a disposizione della Comunità Energetica Rinnovabile;
- e) il controllo della gestione e manutenzione degli impianti di produzione di energia da fonti rinnovabili nella propria disponibilità curando tutti gli adempimenti di legge previsti al riguardo e sottoscrivendo con terzi fornitori i contratti all'uopo necessari;
- f) lo sviluppo, la produzione e la commercializzazione di prodotti o servizi innovativi ad alto valore tecnologico, inclusa l'offerta di servizi energetici integrati per la realizzazione e l'eventuale successiva gestione di interventi per la riduzione dei consumi energetici;
- g) l'acquisto, la vendita, la costruzione e la gestione di infrastrutture, impianti, immobili o beni mobili necessari o utili per il raggiungimento dello scopo sociale;
- h) lo svolgimento di operazioni di acquisto o vendita di energia da fonti rinnovabili, nell'interesse dei soci, nel rispetto delle disposizioni e della regolamentazione tecnica di riferimento;
- i) la realizzazione di iniziative e sottoscrizione di accordi con imprese commerciali e produttive o Enti Pubblici o privati volti al riconoscimento di incentivi e agevolazioni a favore degli associati per il consumo e la produzione di energia da fonti rinnovabili;
- j) l'educazione delle comunità in cui opera ad un uso consapevole ed ecosostenibile dell'energia;

La Cooperativa potrà compiere tutti gli atti e negozi giuridici necessari o utili alla realizzazione degli scopi sociali, ivi compresa la costituzione di fondi per lo sviluppo tecnologico o per la ristrutturazione o per il potenziamento aziendale, ai sensi della legge 31.01.92,

zwar im Sinne des Gesetzes Nr. 59 vom 31.01.1992. Sie kann auch Beteiligungen an anderen Betrieben übernehmen.

Die Genossenschaft kann unter Beachtung der vom Gesetz und den Verordnungen vorgesehenen Kriterien und Grenzen bei den Mitgliedern Finanzierungen aufnehmen, die darauf abzielen, den Genossenschaftszweck zu realisieren. Die Abwicklung dieser Tätigkeit wird durch eine eigene Geschäftsordnung geregelt.

Jegliche Tätigkeit des Sammelns von Ersparnissen in der Öffentlichkeit ist ausgeschlossen.

TITEL III MITGLIEDER

Art. 5 (Ordentliche Mitglieder)

Die Zahl der Mitglieder ist unbegrenzt, darf aber die vom Gesetz vorgesehene Mindestanzahl nicht unterschreiten.

Unter Einhaltung der geltenden gesetzlichen Bestimmungen können als Mitglieder diejenigen aufgenommen werden, die als Verbraucher und/oder Erzeuger von erneuerbarer Energie im Tätigkeitsgebiet der Genossenschaft in der Lage sind, einen Beitrag zur Realisierung des Genossenschaftszweckes zu leisten. Mitglied werden kann, wer die Voraussetzungen erfüllt, die gemäß den geltenden Bestimmungen für den Beitritt zur Energiegemeinschaft vorgesehen sind und wer einer der folgenden Kategorien angehört:

- **Verbraucher-Mitglied:** Endkunde, der für seinen Eigenverbrauch Strom aus dem Netz entnimmt, um die ihm zur Verfügung stehende Verbrauchseinheit zu versorgen. Er deckt sich also mit dem Inhaber des Anschlusspunktes (POD), der die Verbrauchseinheit versorgt, und ist der Inhaber der Stromrechnung;
- **Produzenten-Mitglied:** Eine natürliche oder juristische Person, die unabhängig vom Eigentum an der Produktionsanlage Strom erzeugt, der Inhaber der Stromproduktionsanlage, sofern dies in den geltenden Vorschriften vorgesehen ist, sowie der Inhaber der Genehmigungen für den Bau und den Betrieb der Produktionsanlage, sofern dies vorgesehen ist. Der Produzent ist auch der Unterzeichner der Betriebsregelung der Anlage.
- **Prosumer-Mitglied:** Endkunde - der als solcher für seinen Eigenverbrauch Strom aus dem Netz entnimmt, um die ihm zur Verfügung stehende Verbrauchseinheit zu versorgen, und der folglich mit dem Inhaber des Anschlusspunktes (POD), der die Verbrauchseinheit versorgt, übereinstimmt und der Inhaber der Stromrechnung ist- der erneuerbaren Strom für den Eigenverbrauch erzeugt und speichert, wobei er der Inhaber der Stromproduktionsanlage ist, sofern dies in den geltenden Vorschriften vorgesehen ist, sowie der Inhaber der Genehmigungen für den Bau

n. 59; potrà, inoltre, assumere partecipazioni in altre imprese.

La Cooperativa può ricevere prestiti da soci, finalizzati al raggiungimento dell'oggetto sociale, secondo i criteri ed i limiti fissati dalla legge e dai regolamenti. Le modalità di svolgimento di tale attività sono definite con apposito Regolamento.

È in ogni caso esclusa ogni attività di raccolta di risparmio tra il pubblico.

TITOLO III SOCI

Art. 5 (Soci ordinari)

Il numero dei soci è illimitato e non può essere inferiore al minimo stabilito dalla legge.

Nei limiti indicati dalla normativa vigente, possono assumere la qualifica di soci cooperatori i soggetti che sono in grado di contribuire al raggiungimento degli scopi sociali, essendo consumatore e/o produttore di energia rinnovabile sul territorio di attività della Cooperativa.

Può diventare socio chiunque soddisfi i requisiti per accedere alla Comunità Energetica in base alla normativa vigente e chi appartiene a una delle seguenti categorie:

- **socio cooperatore consumatore:** cliente finale che preleva l'energia elettrica dalla rete, per la quota di proprio uso finale, al fine di alimentare i carichi sottonesi all'unità di consumo di cui ha la disponibilità. Coincide pertanto con il titolare del punto di connessione (POD) che alimenta l'unità di consumo ed è l'intestatario della bolletta elettrica;
- **socio cooperatore produttore:** persona fisica o giuridica che produce energia elettrica indipendentemente dalla proprietà dell'impianto di produzione, intestatario dell'officina elettrica di produzione, ove prevista dalla normativa vigente, nonché intestatario delle autorizzazioni alla realizzazione e all'esercizio dell'impianto di produzione, ove previste. Il produttore è anche firmatario del regolamento di esercizio dell'impianto;
- **socio cooperatore prosumer:** cliente finale- che, in quanto tale, preleva l'energia elettrica dalla rete, per la quota di proprio uso finale, al fine di alimentare i carichi sottonesi all'unità di consumo di cui ha la disponibilità e che, di conseguenza, coincide con il titolare del punto di connessione (POD) che alimenta l'unità di consumo ed è l'intestatario della bolletta elettrica- che produce e accumula energia elettrica rinnovabile per il proprio consumo essendo intestatario dell'officina elettrica di produzione, ove prevista dalla normativa vigente, nonché delle autorizzazioni alla

und den Betrieb der Produktionsanlage, sofern dies vorgesehen ist.

Der voll oder beschränkt Entmündigte, der nicht sanierte Konkursschuldner, sowie jene Personen, welche selbst Unternehmen in Konkurrenz mit jenem der Genossenschaft ausüben, können nicht Mitglied der Genossenschaft werden, ebenso wenig Privatunternehmen, welche als primäre Tätigkeit die Erzeugung und den Verkauf von Strom ausüben oder Unternehmen, die im Sinne der geltenden Bestimmungen nicht als KMU eingestuft werden können. Die Mitglieder dürfen die Teilnahme an der Energiegemeinschaft nicht als Haupttätigkeit im Rahmen ihrer gewerblichen oder beruflichen Tätigkeit ausüben.

Die Mitglieder der Energiegemeinschaft behalten ihre Rechte als Endkunden, einschließlich des Rechts, ihren eigenen Anbieter zu wählen.

Es dürfen nur jene Mitglieder Kontrollbefugnisse ausüben, die natürliche Personen, kleine oder mittlere Unternehmen, Vereinigungen des Privatrechts mit Rechtspersönlichkeit, Gebietskörperschaften oder lokale Behörden sind, einschließlich, gemäß Artikel 31, Absatz 1, Buchstabe b) des GvD Nr. 199/21, Gemeindeverwaltungen, Forschungs- und Ausbildungseinrichtungen, religiöse Einrichtungen, Einrichtungen des dritten Sektors und des Umweltschutzes sowie lokale Verwaltungen, die in der Liste der öffentlichen Verwaltungen aufgeführt sind, die vom Nationalen Institut für Statistik (im Folgenden auch: ISTAT) gemäß den Bestimmungen von Artikel 1, Absatz 3 des Gesetzes Nr. 196 vom 31. Dezember 2009 verbreitet wird, und die sich auf dem Gebiet derselben Gemeinden befinden, in denen die Produktionsanlagen der EEG angesiedelt sind.

Art. 6 (Antrag auf Mitgliedschaft)

Wer als Mitglied aufgenommen werden will, muss, wenn es sich um eine natürliche Person handelt, einen schriftlichen Antrag an den Verwaltungsrat stellen, der folgende Angaben enthalten muss:

- a) Vor- und Zuname, Wohnsitz sowie Geburtsort und Geburtsdatum, Mobiltelefonnummer, Steuernummer, PEC-Adresse oder normale E-Mail-Adresse;
- b) die tatsächlich ausgeübte Tätigkeit
- c) die Höhe des zu zeichnenden Kapitals;
- d) die Erklärung, dieses Statut und die Geschäftsordnungen zu kennen und es anzunehmen und die von den Genossenschaftsorganen rechtsgültig gefassten Beschlüsse zu beachten.

Unbeschadet der Bestimmungen des Art. 2522, Abs. 2 ZGB müssen im Antrag zusätzlich zu den unter Punkt b), c) und d) angeführten Angaben noch folgende Informationen enthalten sein, wenn es sich um Gesellschaften, Vereinigungen oder Körperschaften handelt:

- a) die Gesellschaftsfirma oder die Bezeichnung, die Rechtsform und der Sitz, die Mobiltelefonnummer,

realizzazione e all'esercizio dell'impianto di produzione, ove previste.

Non possono in nessun caso essere soci gli interdetti, gli inabilitati, i falliti non riabilitati, nonché coloro che esercitano in proprio imprese in concorrenza con quella della Cooperativa né le imprese private che esercitano in via principale l'attività di produzione o commercio di energia elettrica o imprese che ai sensi della normativa vigente non possono essere qualificate come PMI. I soci non devono svolgere come attività commerciale o professionale principale la partecipazione alla Comunità Energetica.

I soci della Comunità mantengono i diritti di cliente finale, compreso quello di scegliere il proprio venditore. I soci che esercitano poteri di controllo possono essere solo persone fisiche, piccole o medie imprese, associazioni con personalità giuridica di diritto privato, enti territoriali o autorità locali, ivi incluse, ai sensi dell'art. 31, comma 1 lettera b) del D.Lgs. 199/21, le amministrazioni comunali, gli enti di ricerca e formazione, gli enti religiosi, del terzo settore e di protezione ambientale nonché le amministrazioni locali contenute nell'elenco delle amministrazioni pubbliche divulgato dall'Istituto Nazionale di Statistica (di seguito anche: ISTAT) secondo quanto previsto all'articolo 1, comma 3, della legge 31 dicembre 2009, n. 196, situati nel territorio degli stessi Comuni in cui sono ubicati gli impianti di produzione detenuti dalla CER.

Art. 6 (Domanda di ammissione)

Chi intende essere ammesso come socio dovrà presentare al Consiglio di amministrazione domanda scritta che dovrà contenere, se trattasi di persona fisica:

- a) l'indicazione del nome, cognome, residenza, data e luogo di nascita, contatto telefonico mobile, codice fiscale, indirizzo di posta elettronica certificata o, in mancanza, dell'indirizzo di posta elettronica ordinaria;
- b) l'indicazione della effettiva attività svolta;
- c) l'ammontare del capitale da sottoscrivere;
- d) la dichiarazione di conoscere ed accettare il presente statuto, i regolamenti sociali e di attenersi alle deliberazioni legalmente adottate dagli organi sociali.

Fermo restando il secondo comma dell'art. 2522 del codice civile, se trattasi di società, associazioni od enti, oltre a quanto previsto nei precedenti punti b), c) e d), la domanda di ammissione dovrà contenere le seguenti informazioni:

- a) la ragione sociale o la denominazione, la forma giuridica e la sede legale, il contatto telefonico mobile, il codice fiscale, la partita IVA, nonché

die Steuernummer, die MwSt.-Nummer, die PEC-Adresse oder normale E-Mail-Adresse;

- b) der Beschluss des zuständigen Organs, das den Antrag genehmigt hat;
- c) die Eigenschaft der Person, die den Antrag unterzeichnet;
- d) Im Falle von Unternehmen, die vorwiegenden ATECO-Kodizes der ausgeübten Tätigkeit.

Der Verwaltungsrat beschließt nach Feststellung des Bestehens der im vorhergehenden Artikel 5 vorgesehenen Voraussetzungen über den Antrag nach Kriterien, die nicht diskriminierend sein dürfen und mit dem Genossenschaftszweck und der Nachhaltigkeit der durchgeführten wirtschaftlichen Tätigkeit und den gemeinschaftlichen Interessen der Mitglieder im Einklang stehen müssen.

Der Aufnahmebeschluss muss dem Betroffenen mitgeteilt und von den Verwaltungsräten unverzüglich im Mitgliederbuch angemerkt werden.

Der Verwaltungsrat muss den Ablehnungsbeschluss des Antrags auf Aufnahme binnen 60 Tagen begründen und den Betroffenen mitteilen.

Sollte dem Aufnahmeantrag durch die Verwalter nicht stattgegeben werden, kann der Antragsteller innerhalb einer Frist von 60 Tagen ab der Mitteilung der Ablehnung beantragen, dass die Vollversammlung über den Antrag befindet. Diese beschließt über die abgewiesenen Anträge anlässlich ihrer nächsten Einberufung, wenn sie hierfür nicht eigens einberufen wird.

Die Verwalter legen im Lagebericht oder im Anhang die Gründe dar, die bei der Entscheidung über die Mitgliederaufnahme ausschlaggebend waren.

Art. 7 (Pflichten des Mitgliedes)

Unbeschadet der übrigen aus dem Gesetz und aus dem Statut erwachsenden Pflichten, sind die Mitglieder verpflichtet:

- a) zur Einzahlung nach den vom Verwaltungsrat festgesetzten Modalitäten und Fristen:
 - des gezeichneten Kapitals;
 - der eventuellen Aufnahmegebühr als Spesenersatz für die Bearbeitung des Aufnahmeantrages;
 - des Aufpreises, der gegebenenfalls von der Vollversammlung auf Vorschlag der Verwalter anlässlich der Genehmigung des Jahresabschlusses festgesetzt wird;
- b) zur Einhaltung des Statutes, der internen Geschäftsordnungen sowie der von den Genossenschaftsorganen gefassten Beschlüsse;
- c) die Erstellung oder Unterzeichnung der für den Zugang zur Dienstleistung des Eigenverbrauchs erforderlichen Unterlagen sowie die Einhaltung der entsprechenden Bestimmungen und der in einschlägigen technischen Durchführungsbestimmungen festgelegten Anforderungen;
- d) wenn es sich um Endkunden handelt, die Erfassung und Verwendung von Daten und Messungen im Zusammenhang mit der

l'indirizzo di posta elettronica certificata o, in mancanza, l'indirizzo di posta elettronica ordinaria;

- b) la deliberazione dell'organo sociale che ha autorizzato la domanda;
- c) la qualità della persona che sottoscrive la domanda;
- d) nel caso di imprese, i codici ATECO prevalenti dell'attività economica svolta.

Il Consiglio di amministrazione, accertata l'esistenza dei requisiti di cui al precedente art. 5, delibera sulla domanda secondo criteri non discriminatori, coerenti con lo scopo mutualistico e la sostenibilità dell'attività economica svolta e degli interessi mutualistici dei soci.

La deliberazione di ammissione deve essere comunicata all'interessato e annotata senza ritardo, a cura degli Amministratori, sul libro dei soci.

Il Consiglio di amministrazione deve, entro 60 giorni, motivare la deliberazione di rigetto della domanda di ammissione e comunicarla agli interessati.

Qualora la domanda di ammissione non sia accolta dagli Amministratori, chi l'ha proposta può, entro il termine di decadenza di 60 giorni dalla comunicazione del diniego, chiedere che sull'istanza si pronunci l'assemblea, la quale delibera sulle domande non accolte, se non appositamente convocata, in occasione della successiva convocazione.

Gli Amministratori, nella relazione al bilancio, o nella nota integrativa allo stesso, illustrano le ragioni delle determinazioni assunte con riguardo all'ammissione di nuovi soci.

Art. 7 (Obblighi del socio)

Fermi restando gli altri obblighi nascenti dalla legge e dallo statuto, i soci sono obbligati:

- a) al versamento, con le modalità e nei termini fissati dal Consiglio di amministrazione:
 - del capitale sottoscritto;
 - dell'eventuale tassa di ammissione, a titolo di rimborso delle spese di istruttoria della domanda di ammissione;
 - dal sovrapprezzo eventualmente determinato dall'assemblea in sede di approvazione del bilancio su proposta degli Amministratori;
- b) all'osservanza dello statuto, dei regolamenti interni e delle deliberazioni adottate dagli organi sociali;
- c) alla produzione o sottoscrizione della documentazione necessaria ai fini dell'accesso al servizio di autoconsumo diffuso, nonché al rispetto degli adempimenti indicati dalla disciplina di riferimento e dalle relative disposizioni tecniche di attuazione;
- d) se cliente finale, ad autorizzare l'acquisizione e l'utilizzo dei dati e delle misure relative alla fornitura di energia elettrica afferente ai propri punti di

Stromversorgung an seinen Anschlusspunkten zum Zweck der Ermittlung der geteilten Energie zu genehmigen;

- e) wenn es sich um Erzeuger oder Prosumer handelt, jede Anlage/Einheit auf der Grundlage eines mit der Genossenschaft unterzeichneten Vertrags für die Zwecke der Energiegemeinschaft und unter Einhaltung der entsprechenden Bestimmungen zu betreiben, vorbehaltlich der eventuellen Erteilung eines besonderen Mandats an die Genossenschaft zur Unterzeichnung des Vertrags über die Abnahme des von den betreffenden Anlagen ins Netz eingespeisten Stroms;
- f) zur Zahlung von geschuldeten Entgelten, die für den Ankauf von jenen Gütern und Dienstleistungen geschuldet sind, welche für den Zugang zu den verschiedenen Arten von Eigenverbrauch der aus erneuerbaren Quellen gewonnenen Energie in der gesetzlich vorgesehenen Weise erforderlich sind;
- g) zur Zahlung von geschuldeten Entgelten für den Erwerb von Waren und Dienstleistungen, die von der Genossenschaft im Rahmen ihres Gegenstandes bereitgestellt werden.

Für alle Beziehungen mit der Genossenschaft gilt als Domizil jenes, das im Mitgliederbuch aufscheint. Die Änderung des Domizils des Mitglieds hat erst nach 30 Tage ab Eingang der entsprechenden Mitteilung bei der Genossenschaft Wirksamkeit; sie muss mittels Einschreiben oder PEC erfolgen.

Das Mitglied ist verpflichtet, jede weitere Änderung im Hinblick auf die zum Zeitpunkt des Aufnahmegesuchs oder später übermittelten Informationen mitzuteilen. Diese Änderungen werden ab dem Zeitpunkt wirksam, zu dem sie der Genossenschaft mitgeteilt werden.

Art. 8 (Zuweisung der Förderungen und Entgelte)

Die Aufteilung des erhaltenen Beitrags für die Valorisierung und Förderung der gemeinsam genutzten Energie und des Entgelts für die ins Netz eingespeiste und nicht selbst verbrauchte Energie der eigenen Anlagen unter den Mitgliedern obliegt der Genossenschaft.

Der Verwaltungsrat ist mit der Aufteilung der gemeinsam genutzten Energie beauftragt.

Die Genossenschaft regelt in einer eigenen Geschäftsordnung den Zeitpunkt und die Art und Weise der Verteilung der erhaltenen Beträge unter den Mitgliedern unter Berücksichtigung:

- der Lage der Einspeisepunkte oder der Anlagen zur Erzeugung der erneuerbaren Energie im Eigentum eines jeden Mitglieds, da die gemeinsam genutzte Energie pro Konfiguration bewertet wird;
- des Beitrages, den jedes Mitglied zum Eigenverbrauch von Energie innerhalb der Energiegemeinschaft leistet, bezogen auf die Konfiguration, zu der es gehört, in Bezug auf das geltende System zur Valorisierung und Förderung;
- der Kategorie gemäß Art. 5, der das Mitglied angehört;

connessione ai fini della determinazione dell'energia condivisa;

- e) se produttore o prosumer, all'esercizio di ciascun/a impianto/UP sulla base di un accordo sottoscritto con la cooperativa per le finalità della Comunità Energetica e nel rispetto di quanto previsto dalle norme di riferimento, salvo l'eventuale conferimento alla cooperativa di specifico mandato per sottoscrivere il contratto di ritiro dell'energia elettrica immessa in rete dai relativi impianti;
- f) al pagamento dei corrispettivi dovuti per l'acquisto di beni e servizi strumentali all'accesso, nei modi previsti dall'ordinamento, a forme di autoconsumo di energia prodotta da fonti rinnovabili;
- g) al pagamento dei corrispettivi dovuti per l'acquisto di beni e servizi erogati dalla cooperativa nell'ambito dell'oggetto sociale.

Per tutti i rapporti con la Cooperativa il domicilio dei soci è quello risultante dal libro soci. La variazione del domicilio del socio ha effetto dopo 30 giorni dalla ricezione della relativa comunicazione da effettuarsi con lettera raccomandata, o a mezzo PEC, alla Cooperativa.

Il socio è tenuto a comunicare qualsiasi altra variazione relativa alle informazioni comunicate in sede di domanda di ammissione o successivamente. Le suddette variazioni hanno effetto dal momento della loro comunicazione alla Cooperativa.

Art. 8 (Riparto degli incentivi e dei corrispettivi)

Spetta alla cooperativa ripartire tra i soci cooperatori quanto incassato a titolo di contributo per la valorizzazione ed incentivazione dell'energia elettrica condivisa ed a titolo di corrispettivo per l'energia elettrica immessa dai propri impianti nella rete e non auto consumata.

E' il Consiglio di amministrazione delegato per il riparto dell'energia condivisa.

La Cooperativa disciplina in apposito regolamento interno tempi e modalità per il riparto ai soci cooperatori di quanto incassato tenuto conto:

- dell'ubicazione dei punti di prelievo o degli impianti di produzione di energia da fonti rinnovabile nella titolarità di ciascun socio in considerazione del fatto che l'energia condivisa è valorizzata per configurazione di appartenenza;
- del contributo da ciascun socio cooperatore offerto all'autoconsumo di energia in seno alla Comunità Energetica con riferimento alla cabina primaria di appartenenza, in relazione al sistema incentivante applicabile;
- della categoria di soci cooperatori di appartenenza tra quelle indicate nell'articolo 5;

- der Zuweisung jenes Betrags des Prämientarifs, der gegebenenfalls über den Betrag hinausgeht, der durch Anwendung des Schwellenwerts für gemeinsam genutzte Energie, ausgedrückt als Prozentsatz, wie in den geltenden Rechtsvorschriften vorgesehen, ermittelt wurde, wird nur den Verbrauchern zugewiesen, die nicht Unternehmen sind und/oder für soziale Zwecke verwendet, die sich auf die Gebiete auswirken, in denen sich die gemeinsam genutzten Produktionsanlagen befinden;
- der Möglichkeit, Anreize und Entgelte zu verteilen, indem den Mitgliedern ein persönlicher und direkter Zugang zu den von der Genossenschaft direkt oder indirekt angebotenen Waren oder Dienstleistungen, gegebenenfalls auch zu günstigeren Preisen, geboten wird, oder die Möglichkeit, von den gemeinsamen Waren und Dienstleistungen zu profitieren, die direkt oder indirekt von der Genossenschaft zum Nutzen der Gemeinschaft, der die Mitglieder angehören, bereitgestellt werden.

Die Genossenschaft ist verpflichtet, alle ihre Mitglieder, die Endverbraucher sind, vollständig, angemessen und rechtzeitig über die Vorteile zu informieren, die ihnen aus dem Zugang zu den Anreiztarifen erwachsen, und dem GSE einen ausführlichen Jahresbericht über die Vorteile aus den Anreiztarifen und deren Verteilung vorzulegen.

Art. 9 (Verlust der Mitgliedschaft)

Die Mitgliedschaft geht verloren:

1. durch Austritt, Ausschluss oder durch Tod, wenn es sich um eine natürliche Person handelt;
2. durch Austritt, Ausschluss, Auflösung oder Liquidation, wenn es sich um keine natürliche Person handelt.

Das Mitglied, gegen das ein Konkurs- oder gerichtliches Liquidationsverfahren nach dem Kodex der Unternehmenskrise und der Insolvenz eröffnet oder verlängert wurde, ist von Rechts wegen ausgeschlossen.

Art. 10 (Austritt des Mitgliedes)

Das Mitglied kann jederzeit aus der Genossenschaft austreten.

Der Austrittsantrag muss an die Genossenschaft mittels Einschreiben mit Rückantwort oder per PEC gestellt werden. Die Verwalter müssen ihn binnen 60 Tagen ab Erhalt prüfen.

Bestehen die Voraussetzungen für den Austritt nicht, müssen die Verwalter dies dem Mitglied unverzüglich mitteilen, das die Entscheidung binnen 60 Tagen ab Erhalt der Mitteilung beim Landesgericht anfechten kann.

Der Austritt erlangt, was die Mitgliedschaft betrifft, durch die Mitteilung der Annahme des Austrittsantrages Wirksamkeit.

Was die genossenschaftlichen Geschäftsbeziehungen zwischen Genossenschaft und ordentlichem Mitglied anbelangt, erlangt der Austritt mit Abschluss des laufenden Geschäftsjahres Wirksamkeit, wenn er wenigstens 3 Monate vorher mitgeteilt worden ist, ansonsten mit dem Ende des darauffolgenden

- della destinazione di una quota almeno pari all'eventuale importo della tariffa premio eccedentario, rispetto a quello determinato in applicazione del valore soglia di quota energia condivisa indicato dalla normativa vigente, ai soli consumatori diversi dalle imprese e/o utilizzato per finalità sociali aventi ricadute sui territori ove sono ubicati gli impianti per la condivisione;
- Della facoltà di ripartire gli incentivi ed il corrispettivo offrendo ai soci l'accesso personale e diretto a beni o servizi offerti, direttamente o indirettamente dalla cooperativa, anche, eventualmente, a prezzi più vantaggiosi, o la facoltà di fruire di beni e servizi collettivi erogati, direttamente o indirettamente dalla cooperativa, a beneficio della Comunità cui appartengono i soci medesimi.

La cooperativa è tenuta ad assicurare completa, adeguata e preventiva informativa a tutti i soci consumatori finali sui benefici loro derivanti dall'accesso alla tariffa incentivante ed a fornire al GSE una rendicontazione dettagliata su base annuale dei benefici conseguenti alle incentivazioni e delle modalità della loro ripartizione.

Art. 9 (Perdita della qualità di socio)

La qualità di socio si perde:

1. per recesso, esclusione o per causa di morte, se il socio è persona fisica;
2. per recesso, esclusione, scioglimento o liquidazione se il socio è diverso da persona fisica.

È escluso di diritto il socio nei confronti del quale sia stata aperta o estesa la procedura di fallimento ovvero liquidazione giudiziale secondo il codice della crisi e dell'insolvenza.

Art. 10 (Recesso del socio)

Il socio può recedere in qualunque momento dalla Cooperativa.

La domanda di recesso deve essere comunicata con raccomandata con avviso di ricevimento, o a mezzo PEC, alla Cooperativa. Gli Amministratori devono esaminarla, entro 60 giorni dalla ricezione.

Se non sussistono i presupposti del recesso, gli amministratori devono darne immediata comunicazione al socio, che entro 60 giorni dal ricevimento della comunicazione, può proporre opposizione al Tribunale.

Il recesso ha effetto per quanto riguarda il rapporto sociale dalla comunicazione del provvedimento di accoglimento della domanda.

Per i rapporti mutualistici tra socio ordinario e Società, il recesso ha effetto con la chiusura dell'esercizio in corso, se comunicato tre mesi prima, e, in caso contrario, con la chiusura dell'esercizio successivo. Tuttavia, il Consiglio di amministrazione potrà, su richiesta dell'interessato, far decorrere l'effetto del

Geschäftsjahres. Der Verwaltungsrat kann aber auf Antrag des Betroffenen es zulassen, dass der Austritt sofort mit der Mitteilung der Annahme des Antrages wirksam wird.

Für die Ausübung des Rücktrittsrechts ist eine angemessene und verhältnismäßige Gegenleistung zu erbringen, die auf der Grundlage von in einer Geschäftsordnung festgelegten Kriterien zu bestimmen ist, wobei die Investitionen zu berücksichtigen sind, die die Genossenschaft getätigt hat, um dem Mitglied den Zugang zum Eigenverbrauch von Energie aus erneuerbaren Quellen zu ermöglichen.

Art. 11 (Ausschluss)

Außer in den im Gesetz vorgesehenen Fällen kann der Verwaltungsrat den Ausschluss des Mitglieds beschließen:

- a) das nicht mehr in der Lage ist, an der Realisierung des Genossenschaftszwecks mitzuwirken oder das die für die Aufnahme vorgesehenen Voraussetzungen verloren hat;
- b) das die Verpflichtungen, die vom Gesetz, vom Statut, von den Geschäftsordnungen oder von den Geschäftsbeziehungen oder aber von den Beschlüssen der Genossenschaftsorgane herrühren, in grober Weise verletzt hat;
- c) das dieses Statut, die Geschäftsordnungen und die Beschlüsse der Genossenschaftsorgane nicht beachtet, vorbehaltlich der Möglichkeit für den Verwaltungsrat, dem Mitglied eine Frist von nicht mehr als 60 Tagen für die Regelung einzuräumen;
- d) das nach Aufforderung durch die Verwalter unter Setzung einer Frist von mindestens 30 Tagen die Einzahlung des gezeichneten Kapitals oder der der Genossenschaft aus welchem Grund auch immer geschuldeten Beträge nicht durchführt;
- e) das ohne ausdrückliche Ermächtigung durch den Verwaltungsrat eine Konkurrenztätigkeit zur Genossenschaft ausübt oder versucht auszuüben.

Jene Mitglieder, die aus den unter den Buchstaben a), b) und e) genannten Gründen ausgeschlossen werden, sind zu Schadensersatz und zur Zahlung einer etwaigen Strafe verpflichtet, die auf der Grundlage von Kriterien festgelegt wird, die in der Geschäftsordnung festgelegt sind, wobei die von der Genossenschaft getätigten Investitionen berücksichtigt werden, um dem Mitglied den Zugang zum Eigenverbrauch von Energie aus erneuerbaren Quellen zu ermöglichen.

Gegen den Ausschlussbeschluss kann das Mitglied binnen 60 Tagen ab Erhalt der Mitteilung beim Landesgericht Einspruch erheben. Die Beendigung der Mitgliedschaft bedingt auch die Auflösung der bestehenden genossenschaftlichen Geschäftsbeziehungen.

Der Ausschluss erlangt durch die Eintragung im Mitgliederbuch, die durch die Verwalter zu erfolgen hat, Wirksamkeit.

Art. 12 (Rückzahlung)

Die ausgetretenen oder ausgeschlossenen Mitglieder haben nur Anspruch auf die Rückzahlung des effektiv eingezahlten und eventuell laut Art. 20 aufgewerteten Geschäftsanteils. Die Rückzahlung erfolgt aufgrund

recesso dalla comunicazione del provvedimento di accoglimento della domanda.

Per l'esercizio del diritto di recesso è dovuto il pagamento di un corrispettivo, equo e proporzionato, da determinarsi sulla base di criteri indicati in apposito regolamento, tenuto conto degli investimenti sostenuti dalla cooperativa per consentire al socio l'accesso all'autoconsumo diffuso di energia prodotta da fonti rinnovabili.

Art. 11 (Esclusione)

L'esclusione può essere deliberata dal Consiglio di amministrazione, oltre che nei casi previsti dalla legge, nei confronti del socio:

- a) che non sia più in grado di concorrere al raggiungimento degli scopi sociali, oppure che abbia perduto i requisiti richiesti per l'ammissione;
- b) che risulti gravemente inadempiente per le obbligazioni che derivano dalla legge, dallo statuto, dai regolamenti o che ineriscano il rapporto mutualistico, nonché dalle deliberazioni adottate dagli organi sociali;
- c) che non osservi il presente statuto, i regolamenti sociali e le deliberazioni degli organi sociali, salva la facoltà del Consiglio di amministrazione accordare al socio un termine non superiore a 60 giorni per adeguarsi;
- d) che, previa intimazione da parte degli Amministratori con termine di almeno 30 giorni, non adempia al versamento del capitale sottoscritto o nei pagamenti di somme dovute alla Società a qualsiasi titolo;
- e) che svolga o tenti di svolgere attività in concorrenza con la Cooperativa, senza l'esplicita autorizzazione del Consiglio di amministrazione.

I soci esclusi per motivi indicati nelle precedenti lettere a), b) ed e) dovranno provvedere al risarcimento dei danni ed al pagamento dell'eventuale penale determinata sulla base di criteri indicati in apposito regolamento, tenuto conto degli investimenti sostenuti dalla cooperativa per consentire al socio l'accesso all'autoconsumo diffuso di energia prodotta da fonti rinnovabili.

Contro la deliberazione di esclusione il socio può proporre opposizione al Tribunale, nel termine di 60 giorni dalla comunicazione. Lo scioglimento del rapporto sociale determina anche la risoluzione dei rapporti mutualistici pendenti.

L'esclusione diventa operante dall'annotazione nel libro dei soci, da farsi a cura degli Amministratori.

Art. 12 (Liquidazione)

I soci receduti od esclusi hanno diritto al rimborso esclusivamente della quota effettivamente versata, eventualmente rivalutata a norma del successivo art. 20, la cui liquidazione avrà luogo sulla base del bilancio

des Jahresabschlusses des Geschäftsjahres, in welchem die Mitgliedschaft beendet wird, und sie kann in keinem Falle einen höheren als den effektiv eingezahlten und aufgewerteten Betrag ausmachen. Die Rückzahlung wird binnen 180 Tagen ab Genehmigung des Jahresabschlusses durchgeführt.

Art. 13 (Tod des Mitgliedes)

Stirbt ein Mitglied, haben die Erben oder Vermächtnisnehmer ein Recht auf Rückerstattung des effektiv eingezahlten und eventuell im Sinne des Art. 12 aufgewerteten Geschäftsanteils. Mehrere Erben oder Vermächtnisnehmer müssen binnen 6 Monaten nach dem Ableben denjenigen unter ihnen namhaft machen, der berechtigt ist, sie gegenüber der Genossenschaft zu vertreten.

In Ermangelung dieser Namhaftmachung gelangt Artikel 2347 Abs. 2 und 3 ZGB zur Anwendung.

Die Erben, die im Besitze der Voraussetzungen für die Aufnahme in die Genossenschaft sind, übernehmen die Mitgliedschaft des verstorbenen Mitgliedes durch einen Beschluss des Verwaltungsrates, nachdem es das Bestehen der Voraussetzungen für die Mitgliedschaft nach dem im Artikel 6 vorgesehenen Verfahren festgestellt hat, widrigenfalls erfolgt die Rückzahlung laut Artikel 12.

Bei mehreren Erben müssen diese einen gemeinsamen Vertreter ernennen, es sei denn, die genossenschaftlichen Geschäftsbeziehungen können mit einem jeden Rechtsnachfolger durchgeführt werden und die Genossenschaft stimmt der Aufteilung zu. Die Genossenschaft beschließt nach dem im Artikel 6 vorgesehenen Verfahren.

Im Falle einer negativen Entscheidung oder bei nicht erfolgter Übernahme der Mitgliedschaft durch einen Miterben, wird die Rückzahlung im Sinne des Artikels 12 durchgeführt.

TITEL IV UNTERSTÜTZENDE MITGLIEDER

Art. 14 (Unterstützende Mitglieder)

Unbeschadet der Bestimmungen des Titel III dieses Statutes können unterstützende Mitglieder laut Art. 4 des Gesetzes Nr. 59 von 31.01.1992 in die Genossenschaft aufgenommen werden. .

Art. 15 (Einlagen und Geschäftsanteile der unterstützenden Mitglieder)

Die Einlagen der unterstützenden Mitglieder können Geld, Sachen und Forderungen zum Gegenstand haben und werden von übertragbaren Anteilen repräsentiert.

Jedes Mitglied muss einen Mindestwert von € 500,00 (fünfhundert Komma null null) zeichnen.

Art. 16 (Veräußerung der Geschäftsanteile der unterstützenden Mitglieder)

Vorbehaltlich einer anderslautenden Bestimmung durch die Vollversammlung können die Geschäftsanteile der unterstützenden Mitglieder nur mit Zustimmung des Verwaltungsrates gezeichnet und übertragen werden.

dell'esercizio nel quale lo scioglimento del rapporto sociale, limitatamente al socio, diventa operativo e, comunque, in misura mai superiore all'importo effettivamente versato e rivalutato.

Il pagamento è effettuato entro 180 giorni dall'approvazione del bilancio stesso.

Art. 13 (Morte del socio)

In caso di morte del socio, gli eredi o legatari del socio defunto hanno diritto di ottenere il rimborso della quota effettivamente versata, eventualmente rivalutata, nella misura e con le modalità di cui al precedente articolo 12. Nell'ipotesi di più eredi o legatari essi, entro 6 mesi dalla data del decesso dovranno indicare quello tra essi che li rappresenterà di fronte alla Società.

In difetto di tale designazione si applica l'art. 2347, commi 2 e 3 del codice civile.

Gli eredi provvisti dei requisiti per l'ammissione alla Società subentrano nella partecipazione del socio deceduto previa deliberazione del Consiglio di amministrazione che ne accerta i requisiti con le modalità e le procedure di cui al precedente art. 6. In mancanza si provvede alla liquidazione ai sensi dell'art. 12.

In caso di pluralità di eredi, questi debbono nominare un rappresentante comune, salvo che il rapporto mutualistico possa svolgersi nei confronti di ciascuno dei successori per causa di morte e la Società consenta la divisione. La Società esprime il proprio apprezzamento con le modalità previste dall'art. 6.

In caso di apprezzamento negativo e in mancanza del subentro di uno solo tra essi, si procede alla liquidazione ai sensi dell'art. 12.

TITOLO IV SOCI SOVVENTORI

Art. 14 (Soci sovventori)

Ferme restando le disposizioni di cui al Titolo III del presente statuto, possono essere ammessi alla Cooperativa soci sovventori, di cui all'art. 4 della legge 31.01.92, n. 59.

Art. 15 (Conferimento e quote dei soci sovventori)

I conferimenti dei soci sovventori possono avere ad oggetto denaro, beni in natura o crediti, e sono rappresentati da quote trasferibili

Ogni socio deve sottoscrivere un valore minimo pari a € 500,00 (cinquecento virgola zero zero).

Art. 16 (Alienazione delle quote dei soci sovventori)

Salvo che sia diversamente disposto dall'assemblea, le quote dei sovventori possono essere sottoscritte e trasferite esclusivamente previo gradimento del Consiglio di amministrazione.

Wird die Zustimmung zur Übertragung der Geschäftsanteile an den Erwerber, den das Mitglied, das seinen Anteil übertragen will, bezeichnet hat, nicht erteilt, benennen die Verwalter einen anderen genehmen Erwerber. Geschieht dies nicht, kann das Mitglied verkaufen, an wen es will.

Das Mitglied, das den Geschäftsanteil übertragen will, muss dem Verwaltungsrat den vorgeschlagenen Erwerber mitteilen, und die Verwalter müssen sich binnen 60 Tagen ab Erhalt der Mitteilung äußern.

Art. 17 (Ausgabebeschluss)

Die Ausgabe von Geschäftsanteilen, die für die unterstützenden Mitglieder bestimmt sind, muss durch einen Beschluss der Vollversammlung geregelt werden. Dieser Beschluss muss folgendes festlegen:

- a) den Gesamtbetrag der Emission;
- b) den eventuellen vom Verwaltungsrat begründeten Ausschluss oder die ebenfalls von diesem begründete Einschränkung des Bezugsrechts, das den ordentlichen Mitgliedern auf den ausgegebenen Geschäftsanteilen zusteht;
- c) die Mindestdauer der Einlage;
- d) die den Geschäftsanteilen zustehenden Rechte auf Gewinnbeteiligung sowie etwaige Vorzugsrechte, wobei jedenfalls gilt, dass der Dividendensatz nur um bis zu 2 Prozentpunkte höher sein darf als die Dividende, die für die ordentlichen Mitglieder vorgesehen ist;

e) die Vermögensrechte im Fall des Austritts. Den Inhabern dieser unterstützenden Geschäftsanteile einschließlich jener Erwerber dieser Geschäftsanteile, die auch ordentliche Mitglieder sind, steht eine bis fünf Stimmen im Verhältnis zur Höhe der Einlage zu, und zwar nach Kriterien, die die Vollversammlung im Ausgabebeschluss festlegt.

Die den unterstützenden Mitgliedern zugeteilten Stimmen dürfen ein Drittel der Stimmen, die allen Mitgliedern zustehen, nicht übersteigen.

Wenn aus welchem Grund auch immer das genannte Limit überschritten wird, werden die Stimmen der unterstützenden Mitglieder durch Anwendung eines Korrekturkoeffizienten errechnet, der im Verhältnis der diesen Mitgliedern nach dem Gesetz höchstens zuteilbaren Stimmen zu den Stimmen, die sie inne haben, festgelegt wird.

Unbeschadet der Zuteilung von vermögensrechtlichen Vorzugsrechten im Sinne des vorhergehenden Buchstabens d) lasten die Verluste, wenn das Kapital ihrerwegen herabgesetzt werden muss, auch auf den Einlagen der unterstützenden Mitglieder, und zwar im Verhältnis dieser zum Kapital, das die ordentlichen Genossenschaftsmitglieder eingebracht haben.

Der Ausgabebeschluss der Vollversammlung legt auch die Aufgaben fest, die dem Verwaltungsrat für die Ausgabe der Geschäftsanteile zugeteilt werden.

Art. 18 (Austritt der unterstützenden Mitglieder)

Außer in den im Art. 2437 ZGB vorgesehenen Fällen steht den unterstützenden Mitgliedern ein Austrittsrecht dann zu, wenn die von der Vollversammlung anlässlich

In caso di mancato gradimento del soggetto acquirente indicato dal socio che intende trasferire la quota, gli Amministratori provvederanno ad indicarne altro gradito e, in mancanza, il socio potrà vendere a chiunque.

Il socio che intenda trasferire la quota deve comunicare al Consiglio di amministrazione il proposto acquirente e gli Amministratori devono pronunciarsi entro 60 giorni dal ricevimento della comunicazione.

Art. 17 (Deliberazione di emissione)

L'emissione delle quote destinate ai soci sovventori deve essere disciplinata con deliberazione dell'assemblea che devono stabilire:

- a) l'importo complessivo dell'emissione;
- b) l'eventuale esclusione o limitazione, motivata dal Consiglio di amministrazione, del diritto di opzione dei soci cooperatori sulle quote emesse;
- c) il termine minimo di durata del conferimento;
- d) i diritti patrimoniali di partecipazione agli utili e gli eventuali privilegi attribuiti alle quote, fermo restando che il tasso di remunerazione non può essere maggiorato in misura superiore a 2 punti rispetto al dividendo previsto per i soci ordinari;

e) i diritti patrimoniali in caso di recesso.

A tutti i detentori delle quote di sovvenzione, ivi compresi i destinatari delle quote che siano anche soci cooperatori, spettano da 1 a 5 voti, in relazione all'ammontare dei conferimenti, secondo criteri fissati dalla decisione dei soci al momento dell'emissione.

I voti attribuiti ai soci sovventori non devono superare il terzo dei voti spettanti a tutti i soci.

Qualora, per qualunque motivo, si superi tale limite, i voti dei soci sovventori verranno computati applicando un coefficiente correttivo determinato dal rapporto tra il numero massimo dei voti ad essi attribuibili per legge e il numero di voti da essi portati.

Fatta salva l'eventuale attribuzione di privilegi patrimoniali ai sensi della precedente lettera d), qualora si debba procedere alla riduzione del capitale sociale a fronte di perdite, queste ultime graveranno anche sul fondo costituito mediante i conferimenti dei sovventori in proporzione al rapporto tra questo ed il capitale conferito dai soci ordinari.

La deliberazione dell'assemblea stabilisce altresì i compiti che vengono attribuiti al Consiglio di amministrazione ai fini dell'emissione delle quote.

Art. 18 (Recesso dei soci sovventori)

Oltre che nei casi previsti dall'art. 2437 del codice civile, ai soci sovventori il diritto di recesso spetta qualora sia decorso il termine minimo di durata del conferimento

der Ausgabe laut vorhergehendem Artikel festgelegte Mindestdauer der Einlage abgelaufen ist.

Auf die unterstützenden Mitglieder gelangen die Bestimmungen über die Bedingungen für die Aufnahme und die Unvereinbarkeitsgründe, die für die ordentlichen Mitglieder vorgesehen sind, nicht zur Anwendung.

TITEL V GENOSSENSCHAFTSKAPITAL UND GESCHÄFTSJAHR

Art. 19 (Bestandteile)

Das Eigenkapital der Genossenschaft besteht aus:

- a) dem Genossenschaftskapital, das variabel ist und sich zusammensetzt:
 1. aus den Einlagen der ordentlichen Mitglieder, die durch Geschäftsanteile repräsentiert werden. Der von einem Mitglied insgesamt gehaltene Geschäftsanteil darf den gesetzlich vorgesehenen Höchstbetrag nicht überschreiten;
 2. aus den Einlagen der unterstützenden Mitglieder, die dem Fonds für den Ausbau des Betriebes zufließen;
- b) der gesetzlichen unaufteilbaren Rücklage, die aus dem Gewinn laut Artikel 20 und dem Wert der Anteile gebildet wird, die den ausgetretenen oder ausgeschlossenen Mitgliedern und den Erben verstorbener Mitglieder nicht rückerstattet wurden;
- c) den freiwilligen Rücklagen sowie aus jeder weiteren Rücklage;
- d) dem Aufpreis, wenn er eingehoben wird;

Die Rücklagen sind unaufteilbar und dürfen weder während des Bestehens der Genossenschaft noch im Falle der Auflösung der Genossenschaft unter den Mitgliedern aufgeteilt werden.

Die Höhe des von jedem Mitglied insgesamt zu zeichnenden Geschäftsanteils wird vom Verwaltungsrat der Genossenschaft festgelegt. Hierfür wird ein eigener Berechnungsmodus mittels Geschäftsordnung festgelegt, die von der Vollversammlung gemäß Art. 39 beschlossen wird.

Die Geschäftsanteile dürfen weder verpfändet noch einer freiwilligen Bindung unterworfen werden. Ihre Abtretung ohne Zustimmung der Verwalter hat gegenüber der Genossenschaft keine Wirkung. Das Mitglied, das beabsichtigt, seinen Geschäftsanteil auch nur zum Teil zu übertragen, muss dies den Verwaltern mittels Einschreiben oder per PEC mitteilen und bezüglich des Erwerbers die im Artikel 6 vorgesehenen Angaben liefern. Die Maßnahme, womit die Zustimmung zur Übertragung erteilt oder verweigert wird, muss dem Mitglied binnen 60 Tagen ab Antragstellung mitgeteilt werden.

Ist genannte Frist abgelaufen, steht es dem Mitglied frei, seine Beteiligung zu übertragen und die Genossenschaft ist verpflichtet, den Erwerber im Mitgliederbuch einzutragen, wenn er die Voraussetzung für die Mitgliedschaft besitzt. Die Maßnahme, womit die Zustimmung zur Übertragung verweigert wird, muss begründet werden. Gegen die

stabilität dall'assemblea in sede di emissione a norma del precedente articolo.

Ai soci sovventori non si applicano le disposizioni concernenti i requisiti di ammissione e le cause di incompatibilità previste per i soci cooperatori.

TITOLO V PATRIMONIO SOCIALE ED ESERCIZIO SOCIALE

Art. 19 (Elementi costitutivi)

Il patrimonio della Cooperativa è costituito:

- a) dal capitale sociale, che è variabile ed è formato:
 - 1) dai conferimenti effettuati dai soci ordinari, rappresentati da quote sociali. La quota complessiva detenuta da ciascun socio non può essere superiore ai limiti di legge;
 - 2) dai conferimenti effettuati dai soci sovventori, confluenti nel Fondo per il potenziamento aziendale;
- b) dalla riserva legale indivisibile, formata con gli utili di cui all'art. 20 e con il valore delle quote eventualmente non rimborsate ai soci receduti o esclusi ed agli eredi di soci deceduti;
- c) dalla riserva volontaria, nonché da ogni altra riserva;
- d) dal sovrapprezzo se riscosso.

Le riserve sono indivisibili e non possono essere ripartite tra i soci né durante la vita sociale né all'atto dello scioglimento della Società.

L'ammontare della quota sociale che deve essere versata da parte di ciascun socio è stabilita dall'organo amministrativo della Cooperativa. Pertanto un relativo metodo di calcolo viene disciplinato in apposito regolamento assembleare di cui all'art. 39.

Le quote non possono essere sottoposte a pegno o a vincoli volontari, né essere cedute con effetto verso la Società senza l'autorizzazione degli Amministratori.

Il socio che intende trasferire, anche in parte, la propria quota deve darne comunicazione agli Amministratori con lettera raccomandata o a mezzo PEC, fornendo, con riferimento all'acquirente, le indicazioni previste nel precedente art. 6.

Il provvedimento che concede o nega l'autorizzazione deve essere comunicato al socio entro 60 giorni dal ricevimento della richiesta.

Decorso tale termine, il socio è libero di trasferire la propria partecipazione e la Società deve iscrivere nel libro dei soci l'acquirente che abbia i requisiti previsti per divenire socio.

Il provvedimento che nega al socio l'autorizzazione deve essere motivato. Contro il diniego il socio entro 60

Verweigerung kann das Mitglied innerhalb von 60 Tagen ab Erhalt der Mitteilung Einspruch beim Landesgericht einlegen.

Art. 20 (Jahresabschluss)

Das Geschäftsjahr beginnt am 01.01. und endet am 31.12. jeden Jahres.

Am Ende eines jeden Geschäftsjahres erstellt der Verwaltungsrat die Jahresabschlussvorlage.

Die Jahresabschlussvorlage muss innerhalb von 120 Tagen nach Abschluss des Geschäftsjahres der Vollversammlung zur Genehmigung vorgelegt werden; innerhalb von 180 Tagen dann, wenn ein konsolidierter Jahresabschluss erstellt wird oder wenn besondere Erfordernisse bezüglich der Struktur oder des Gegenstandes der Genossenschaft es erfordern und diese von den Verwaltern im Lagebericht dargelegt werden.

Die Vollversammlung, die den Jahresabschluss genehmigt, beschließt über die Verwendung des Jahresgewinnes, indem sie ihn wie folgt zuteilt:

- a) nicht weniger als 30% der gesetzlichen Rücklage;
- b) dem Mutualitätsfonds für die Förderung und Entwicklung des Genossenschaftswesens gemäß Art. 11 des Gesetzes Nr. 59 vom 31.01.1992, in der von diesem Gesetz vorgesehenen Höhe;
- c) für die etwaige Aufwertung des Genossenschaftskapitals im Ausmaß und zu den Bedingungen, wie es Artikel 7 des Gesetzes Nr. 59 vom 31.01.1992 vorsieht;
- d) für die Ausschüttung von Dividenden in einer Höhe, die die Grenze nicht überschreitet, die das Zivilgesetzbuch für die Genossenschaften mit vorwiegender Mitgliederförderung festsetzt.

Die Vollversammlung kann jedenfalls aus dem Gewinn, außer den gesetzlich vorgesehenen Rücklagen, weitere unaufteilbare Rücklagen bilden.

Die Vollversammlung kann immer die Ausschüttung von Dividenden an die unterstützenden Mitglieder im Höchstausmaß beschließen, das für die Genossenschaften mit vorwiegender Mitgliederförderung vorgesehen ist.

Art. 21 (Rückvergütungen - ristorni)

Wenn die Ergebnisse aus dem Mitgliedergeschäft dies erlauben, kann der Verwaltungsrat, der die Jahresabschlussvorlage erstellt, einen Teil des Gewinns unter dem Titel der Rückvergütungen ausweisen, so wie laut internem Reglement vorgesehen, das gemäß Artikel 2521 letzter Absatz des italienischen Zivilgesetzbuches zu genehmigen ist.

Die Vollversammlung beschließt gemäß vorhergehendem Absatz anlässlich der Genehmigung des Jahresabschlusses über die Zuteilung von Rückvergütungen; diese können neben der direkten Auszahlung auch in Form einer Erhöhung des von jedem Mitglied gehaltenen Anteils oder durch die Zuteilung von unterstützenden Aktien oder anderen Finanzinstrumenten mit Ausnahme von Schuldscheinen im Sinne von Artikel 2526 des Zivilgesetzbuchs zugeteilt werden.

gioni dal ricevimento della comunicazione può proporre opposizione al Tribunale.

Art. 20 (Bilancio di esercizio)

L'esercizio sociale va dal 01-01 al 31-12 di ogni anno.

Alla fine di ogni esercizio sociale il Consiglio di amministrazione provvede alla redazione del progetto di bilancio.

Il progetto di bilancio deve essere presentato all'assemblea per l'approvazione entro 120 giorni dalla chiusura dell'esercizio sociale, ovvero entro 180 giorni qualora venga redatto il bilancio consolidato, oppure lo richiedano particolari esigenze relative alla struttura ed all'oggetto della Società, segnalate dagli Amministratori nella relazione sulla gestione.

L'assemblea che approva il bilancio delibera sulla destinazione degli utili annuali destinandoli:

- a) a riserva legale nella misura non inferiore al 30%;
- b) al Fondo mutualistico per la promozione e lo sviluppo della cooperazione di cui all'art. 11 della legge 31.01.92. n. 59, nella misura prevista dalla legge medesima;
- c) ad eventuale rivalutazione del capitale sociale, nei limiti ed alle condizioni previsti dall'art. 7 della legge 31.01.92, n. 59;
- d) ad eventuali dividendi in misura non superiore al limite stabilito dal codice civile per le cooperative a mutualità prevalente.

L'assemblea può, in ogni caso, destinare gli utili, ferme restando le destinazioni obbligatorie per legge, alla costituzione di riserve indivisibili.

L'assemblea può sempre deliberare la distribuzione di utili ai soli soci sovventori nella misura massima prevista per le cooperative a mutualità prevalente.

Art. 21 (Ristorni)

Qualora lo consentano le risultanze dell'attività mutualistica il Consiglio di Amministrazione può proporre all'assemblea convocata per l'approvazione del bilancio d'esercizio di destinare una quota dell'utile ai soci operatori a titolo di ristorno, secondo quanto previsto dal regolamento interno, da approvarsi ai sensi dell'articolo 2521, ultimo comma, del Codice civile.

Sulla base di quanto previsto al comma precedente l'Assemblea, che approva il progetto di bilancio, delibera sull'erogazione dei ristorni; questi possono essere assegnati, oltre che mediante erogazione diretta, anche sotto forma di aumento gratuito del capitale posseduto da ciascun socio, o mediante l'attribuzione di azioni di sovvenzione o di strumenti finanziari diversi dai titoli di debito ai sensi dell'articolo 2526 del codice civile.

TITEL VI GENOSSENSCHAFTSORGANE

Art. 22 (Organe)

Organe der Genossenschaft sind:

- a) die Vollversammlung;
- b) der Verwaltungsrat;
- c) das Kontrollorgan, sofern es bestellt wird.

Art. 23 (Vollversammlung)

In Bezug auf die in den Buchstaben des nachstehenden Artikels 24 genannten Angelegenheiten, mit Ausnahme des Buchstabens a), und in allen anderen Fällen, die im Gesetz oder in diesem Statut ausdrücklich vorgesehen sind, oder wenn ein oder mehrere Verwaltungsratsmitglieder oder eine Anzahl von Mitgliedern, die mindestens ein Drittel der allen Mitgliedern zustehenden Stimmen vertreten, dies verlangen, werden Beschlüsse der Mitglieder durch Beschluss der Vollversammlung gemeinschaftlich gefasst.

Die Einberufung der Vollversammlung erfolgt durch Einschreiben oder durch ein anderes Mittel (PEC, E-Mail und anderes), das wenigstens 8 Tage vor dem Stattfinden der Vollversammlung an die Mitglieder versandt wurde und geeignet ist, den Empfang der Einberufung nachzuweisen. Als Alternative dazu kann die Einberufung wenigstens 8 Tage vor dem für die Vollversammlung festgesetzten Tag in einer der folgenden Tageszeitungen veröffentlicht werden: Dolomiten, Neue Südtiroler Tageszeitung.

Die Einberufung beinhaltet die Tagesordnung, den Ort, den Tag und die Uhrzeit der Vollversammlung.

Die Vollversammlung findet mindestens einmal jährlich in der im Artikel 20 vorgesehenen Zeit statt.

Die Vollversammlung kann ferner immer dann einberufen werden, wenn der Verwaltungsrat es für notwendig erachtet und muss unverzüglich und jedenfalls nicht später als innerhalb 20 Tage einberufen werden, wenn dies vom Kontrollorgan, falls ernannt, schriftlich verlangt wird, oder wenn so viele Mitglieder, die wenigstens ein Drittel der allen Mitgliedern zustehenden Stimmen vertreten, dies beantragen.

Werden die genannten Formvorschriften nicht erfüllt, so gilt die Vollversammlung als rechtmäßig einberufen, wenn alle Mitglieder mit Stimmrecht anwesend oder vertreten sind und wenn die Mehrheit der Verwalter und der Mitglieder des Kontrollorgans, wenn letzteres bestellt wurde, anwesend ist. Ein jeder Teilnehmer kann sich aber der Behandlung von Gegenständen widersetzen, über die er nicht ausreichend informiert zu sein glaubt.

Die Vollversammlung kann in Form einer Video- oder Telekonferenz abgehalten werden, vorausgesetzt sie erfolgt gemeinschaftlich, es werden die Grundsätze von Treu und Glauben sowie die Gleichbehandlung der Mitglieder gewahrt, und es werden folgende Vorschriften beachtet:

- a) der Vorsitzende der Versammlung muss die Möglichkeit haben, auch durch von ihm beauftragte Personen, die Identität und Teilnahmeberechtigung der Anwesenden festzustellen, die Versammlung zu leiten,

TITOLO VI ORGANI SOCIALI

Art. 22 (Organi)

Sono organi della Società:

- a) l'Assemblea dei soci;
- b) il Consiglio di amministrazione;
- c) l'organo di controllo, se nominato.

Art. 23 (Assemblea)

Con riferimento alle materie indicate nelle lettere del successivo articolo 24 ad eccezione della lettera a) e in tutti gli altri casi espressamente previsti dalla legge o dal presente statuto, oppure quando lo richiedono uno o più Amministratori o un numero di soci che rappresentano almeno un terzo dei voti spettanti a tutti i soci, le decisioni dei soci debbono essere adottate mediante deliberazione assembleare nel rispetto del metodo collegiale.

La convocazione dell'Assemblea deve effettuarsi mediante lettera raccomandata o altro mezzo idoneo a garantire la prova dell'avvenuto ricevimento (PEC, E-mail, consegnata a mano e altro) inviato ai soci almeno 8 giorni prima dell'adunanza. In alternativa, l'avviso può essere pubblicato, almeno 8 giorni prima del giorno fissato per l'assemblea, in almeno uno dei seguenti quotidiani: Dolomiten, Neue Südtiroler Tageszeitung.

L'avviso contiene l'ordine del giorno, il luogo, la data e l'ora della convocazione.

L'Assemblea ha luogo almeno una volta all'anno nei tempi indicati all'articolo 20.

L'Assemblea inoltre può essere convocata dal Consiglio di amministrazione ogni volta esso ne ravvisi la necessità e deve essere convocata senza ritardo e comunque non oltre 20 giorni, qualora ne sia fatta richiesta scritta dall'Organo di controllo, se nominato, o da tanti soci che rappresentino almeno un terzo dei voti spettanti a tutti i soci.

In mancanza dell'adempimento delle suddette formalità, l'Assemblea si reputa validamente costituita quando siano presenti o rappresentati tutti i soci con diritto di voto e la maggioranza degli Amministratori e dei membri dell'organo di controllo, se nominato. Tuttavia ciascuno degli intervenuti può opporsi alla discussione degli argomenti sui quali non si ritenga sufficientemente informato.

L'assemblea può essere svolta in video- o teleconferenza, a condizione che siano rispettati il metodo collegiale ed i principi di buona fede e di parità di trattamento dei soci, ed osservati i seguenti obblighi:

- a) sia consentito al presidente dell'assemblea, anche a mezzo di persone da lui incaricate, di accertare l'identità e la legittimazione degli intervenuti, regolare lo svolgimento

sowie die Ergebnisse der Abstimmungen festzustellen und kundzugeben;

- b) der Schriftführer muss Ablauf und Ereignisse der Versammlung, die er in der Niederschrift aufzuzeichnen hat, klar verfolgen können;
- c) die Teilnehmer müssen gemeinsam über die Punkte der Tagesordnung diskutieren und zeitgleich abstimmen können;
- d) wird die Versammlung nicht zur Gänze per Video- oder Telekonferenz abgehalten, so muss in der Einberufung der Versammlungsort angeführt sein, an dem sich zumindest der Schriftführer befindet.

Verfahren und technische Modalitäten über die Abhaltung der Video- oder Telekonferenz können durch eine von der Vollversammlung festgelegte Geschäftsordnung geregelt werden.

Art. 24 (Aufgaben der Vollversammlung)

Die Mitglieder entscheiden über jene Angelegenheiten, die ihnen gemäß Gesetz oder durch dieses Statut vorbehalten sind, sowie über Angelegenheiten, die ein oder mehrere Verwaltungsratsmitglieder oder so viele Mitglieder, die mindestens ein Drittel der allen Mitgliedern zustehenden Stimmen vertreten, ihnen zur Genehmigung vorlegen.

Folgende Entscheidungen sind jedenfalls der Vollversammlung vorbehalten:

- a) die Genehmigung des Jahresabschlusses, Verteilung des Gewinns und Aufteilung der Rückvergütungen;
- b) die Bestellung und Abberufung des Verwaltungsrates;
- c) die eventuelle Bestellung des Kontrollorgans oder des Rechnungsprüfers;
- d) die Abänderungen des Gründungsaktes;
- e) der Beschluss über die Geschäftsanteile, die für die unterstützenden Mitglieder bestimmt sind, die Festlegung des Betrages und der Merkmale gemäß Art. 15 und der Beschluss über die Stimmrechte, die entsprechend der Einlage damit verbunden sind;
- f) die Festlegung der Vergütung der Verwalter und des Kontrollorgans oder des Rechnungsprüfers, falls bestellt;
- g) die eventuelle Auszahlung der Rückvergütung gemäß Art. 21 des vorliegenden Statuts;
- h) die Genehmigung eventueller interner Geschäftsordnungen;
- i) die Beschlüsse über die Haftung der Verwalter und der Mitglieder des Kontrollorgans;
- j) die Entscheidung zur Durchführung von Geschäften, die eine wesentliche Änderung des Gesellschaftsgegenstandes oder eine wesentliche Änderung der Rechte der Mitglieder mit sich bringen;
- k) die Ernennung der Liquidatoren und die Festlegung der Kriterien zur Abwicklung der Liquidation.

dell'adunanza, constatare e proclamare i risultati della votazione;

- b) sia consentito al soggetto verbalizzante di percepire adeguatamente gli eventi assembleari, oggetto di verbalizzazione;
- c) sia consentito agli intervenuti di partecipare alla discussione e alla votazione simultanea sugli argomenti all'ordine del giorno;
- d) salvo che si tratti di assemblea svolta totalmente tramite video- o teleconferenza, nell'avviso di convocazione deve essere indicato il luogo dell'assemblea, nel quale dovrà essere presente almeno il soggetto verbalizzante.

Le modalità e le norme tecniche di svolgimento delle video- o teleconferenza, possono essere stabilite da apposito regolamento, approvato dall'assemblea.

Art. 24 (Funzioni dell'Assemblea)

I soci decidono sulle materie riservate alla loro competenza dalla legge, dal presente atto costitutivo, nonché sugli argomenti che uno o più Amministratori o tanti soci che rappresentano almeno un terzo dei voti spettanti a tutti i soci sottopongono alla loro approvazione.

In ogni caso sono riservate alla competenza dei soci:

- a) l'approvazione del bilancio, la distribuzione degli utili e la ripartizione dei ristorni;
- b) la nomina e la revoca del Consiglio di Amministrazione;
- c) l'eventuale nomina dell'Organo di controllo o del revisore;
- d) le modificazioni dell'atto costitutivo;
- e) la delibera sulle quote destinate ai soci sovventori stabilendone gli importi ed i caratteri di cui al precedente art. 15, nonché sui voti spettanti secondo i conferimenti;
- f) la determinazione della misura dei compensi da corrispondere agli Amministratori ed all'Organo di controllo o revisore legale dei conti, se nominato;
- g) l'eventuale erogazione del rimborso ai sensi dell'articolo 21 del presente statuto;
- h) l'approvazione degli eventuali regolamenti interni;
- i) le deliberazioni sulla responsabilità degli Amministratori e dei componenti dell'Organo di controllo;
- j) la decisione di compiere operazioni che comportano una sostanziale modificazione dell'oggetto sociale determinato nell'atto costitutivo o una rilevante modificazione dei diritti dei soci;
- k) la nomina dei Liquidatori e i criteri di svolgimento della liquidazione.

Art. 25 (Entscheidungen der Mitglieder durch einen schriftlichen Meinungsaustausch oder durch eine schriftlich zu äussernde Einwilligung)

Die Entscheidungen der Mitglieder können unbeschadet der Bestimmungen des nachfolgenden Artikels auch mittels eines schriftlichen Meinungsaustausches oder mittels einer schriftlich zu äussernden Einwilligung gefasst werden. Wird die Methode des schriftlichen Meinungsaustausches oder der schriftlich zu äussernden Einwilligung gewählt, so formuliert das einzelne Mitglied oder der Verwaltungsrat, die die anderen Mitglieder konsultieren und ihnen eine bestimmte Entscheidung vorschlagen wollen, den Vorschlag schriftlich (auf Papier oder in elektronischer Form) und gibt dabei den Gegenstand des Vorschlages, seine Gründe und eine Frist von höchstens 15 Tagen an, innerhalb derer die Einwilligung übermittelt werden muss. Der Vorschlag wird handschriftlich oder digital unterzeichnet.

Der Antragssteller übermittelt den Vorschlag im Original an den Sitz der Genossenschaft und übermittelt eine Kopie über ein beliebiges Kommunikationssystem an alle Mitglieder, an die Verwaltungsratsmitglieder und an die Mitglieder des Kontrollorgans, falls ernannt.

Die Mitglieder, die dafür oder dagegen stimmen oder sich der Stimme enthalten wollen, müssen dem Antragssteller und der Genossenschaft innerhalb der vorgegebenen Frist ihren Willen schriftlich mitteilen, indem sie ihn am Fuß der enthaltenen Kopie des Dokuments (auf Papier oder in elektronischer Form) ausdrücken und ihre Unterschrift handschriftlich, oder im Falle elektronischer Dokumente, digital, anbringen.

Der Vorschlag gilt als angenommen und der Beschluss als gefasst, wenn der Antragssteller und die Genossenschaft innerhalb der vorgeschriebenen Frist die Zustimmung von so vielen Mitgliedern erhalten haben, dass die absolute Mehrheit der Gesamtstimmen vertreten ist.

Jedes Mitglied ist berechtigt an den in diesem Artikel genannten Entscheidungen teilzunehmen, wenn es seit mindestens 90 Tagen im Mitgliederbuch eingetragen ist.

Die gemäß diesem Artikel getroffenen Entscheidungen der Mitglieder werden vom Verwaltungsrat umgehend allen Mitgliedern über ein beliebiges Kommunikationsmittel mitgeteilt und, falls bestellt, dem Kontrollorgan, und unverzüglich im Buch über die Sitzungen und Beschlüsse der Vollversammlung eingetragen, wobei Folgendes anzugeben ist:

1. das Datum, an dem die Entscheidung getroffen wurde;
2. die Identität der Wähler;
3. die Identifizierung derjenigen die dafür oder dagegen sind oder die sich enthalten haben;
4. die eventuell von den Mitgliedern eingereichten Erklärungen zur Abstimmung.

Die in den vorhergehenden Absätzen genannten Unterlagen müssen am Sitz der Gesellschaft als Anhang zum Buch über die Sitzungen und Beschlüsse der Vollversammlung aufbewahrt werden. Dem genannten Buch werden auch die Unterlagen zu jenen Entscheidungsvorschlägen beigelegt, die nicht die

Art. 25 (Decisioni dei soci mediante consultazione scritta o consenso espresso per iscritto)

Le decisioni dei soci fatto salvo quanto previsto al successivo articolo, possono essere adottate mediante consultazione scritta, ovvero sulla base del consenso espresso per iscritto. Nel caso si opti per il sistema della consultazione scritta o consenso espresso per iscritto il singolo socio o il Consiglio di Amministrazione che intendono consultare gli altri soci e proporre loro l'assunzione di una determinata decisione, formulano la proposta in forma scritta su qualsiasi supporto (cartaceo o elettronico) recante l'oggetto della proposta, le sue motivazioni, il termine, non superiore a 15 giorni, entro cui trasmettere il consenso. La proposta è sottoscritta con firma autografa o digitale.

Il proponente invia la proposta in originale alla sede sociale e ne trasmette copia attraverso qualsiasi sistema di comunicazione a tutti i soci, ai componenti del Consiglio di Amministrazione ed ai componenti l'Organo di controllo, se nominato.

I soci che intendessero esprimere voto favorevole, contrario o di astensione, devono comunicare al proponente e alla Società, entro il termine prescritto, la relativa volontà, espressa in forma scritta in calce alla copia del documento ricevuto (in formato cartaceo o elettronico), apponendo la sottoscrizione in forma autografa o, in caso di supporto elettronico, con firma digitale.

La proposta si intende approvata e la decisione si intende formata, se nel termine prescritto sia pervenuta al proponente e alla Società l'adesione di tanti soci che rappresentino la maggioranza assoluta dei voti totali.

Ogni socio ha diritto di partecipare alle decisioni di cui al presente articolo, se iscritto a libro dei soci da almeno novanta giorni.

Le decisioni dei soci, adottate ai sensi del presente articolo, dovranno, a cura del Consiglio di Amministrazione, essere comunicate tempestivamente a tutti i soci, con qualsiasi sistema di comunicazione e, se nominati, ai Sindaci e trascritte, senza indugio, nel libro delle decisioni dei soci, indicando:

1. la data in cui la decisione si è formata;
2. l'identità dei votanti;
3. l'identificazione dei favorevoli, dei contrari e degli astenuti;
4. le eventuali dichiarazioni di voto trasmesse dai soci.

I documenti di cui ai precedenti commi devono essere conservati presso la sede sociale in allegato al libro delle decisioni dei soci. Al libro citato va allegata la documentazione inerente le proposte di decisione che non abbiano raggiunto la maggioranza dei voti

Mehrheit der befürwortenden Stimmen erhalten haben, und die dennoch im selben Buch genannt werden.

favorevoli, delle quali comunque si fa menzione nel libro medesimo.

Art. 26 (Beschlussfähigkeit und Mehrheiten)

Die Beschlussfähigkeit der Vollversammlung ist bei jeder Anzahl der anwesenden oder vertretenen Mitglieder mit Stimmrecht gegeben.

Die Beschlussfähigkeit der Vollversammlung, die zur Änderung des Statuts, zur Auflösung der Genossenschaft und zur Ernennung der Liquidatoren sowie zur Festsetzung ihrer Befugnisse zusammentritt, ist in erster Einberufung gegeben, wenn wenigstens die Hälfte der Stimmen der Mitglieder mit Stimmrecht anwesend oder vertreten ist; in zweiter Einberufung ist sie bei jeder Anzahl der anwesenden Stimmen gegeben.

Die Beschlüsse der Vollversammlung über die Tagesordnungspunkte werden mit absoluter Mehrheit der anwesenden oder vertretenen Stimmen gefasst.

Art. 27 (Stimmabgabe)

Vorbehaltlich eines anders lautenden Beschlusses der Vollversammlung erfolgt die Abstimmung durch Handaufheben.

Die Wahlen zu den Ämtern der Genossenschaft erfolgen durch einfache Stimmenmehrheit.

Art. 28 (Stimmrecht)

In der Vollversammlung haben diejenigen ein Stimmrecht, die seit wenigstens 90 Tagen im Mitgliederbuch eingetragen sind und die mit der Einzahlung des gezeichneten Kapitals nicht in Verzug sind.

Art. 26 (Costituzione e quorum deliberativi)

L'assemblea è validamente costituita qualunque sia il numero dei voti dei soci intervenuti.

L'Assemblea, quando si riunisce per deliberare sulle modificazioni dello statuto e sullo scioglimento della società nonché la nomina dei liquidatori e la determinazione dei relativi poteri è validamente costituita, in prima convocazione quando siano presenti o rappresentati almeno la metà dei voti spettanti ai soci aventi diritto di voto e, in seconda convocazione, qualunque sia il numero dei voti dei soci intervenuti.

L'Assemblea delibera a maggioranza assoluta dei voti presenti o rappresentati, su tutti gli oggetti posti all'ordine del giorno.

Art. 27 (Votazioni)

Per le votazioni si procederà normalmente col sistema dell'alzata di mano, salvo diversa deliberazione dell'Assemblea.

Le elezioni delle cariche sociali saranno fatte a maggioranza relativa.

Art. 28 (Voto)

Nelle Assemblee hanno diritto al voto coloro che risultano iscritti nel libro dei soci da almeno 90 giorni e che non siano in mora nei versamenti del capitale sottoscritto.

Jedes Mitglied hat eine Stimme unabhängig von der Höhe seiner Beteiligung.

Auf die unterstützenden Mitglieder ist Art. 17, Abs. 2 anwendbar.

Mitglieder, die aus welchem Grund auch immer an der Vollversammlung nicht persönlich teilnehmen können, haben die Möglichkeit, sich durch Erteilung einer schriftlichen Vollmacht an ein anderes Mitglied, das das Stimmrecht besitzt und derselben Gruppe der ordentlichen oder unterstützenden Mitglieder angehört und weder Verwalter noch Bediensteter der Genossenschaft ist, vertreten zu lassen.

Ein Mitglied kann jedoch nur ein Mitglied vertreten.

Das Mitglied, das Einzelunternehmer ist, kann sich in der Vollversammlung auch durch den Ehegatten, durch Verwandte bis zum dritten Grad oder durch Verschwägernte bis zum zweiten Grad vertreten lassen, sofern sie im Betrieb mitarbeiten.

Die Vollmacht darf nicht ohne Angabe des Bevollmächtigten ausgestellt werden.

Jene Mitglieder, welche juristischen Personen sind, werden in der Vollversammlung durch ihren gesetzlichen Vertreter oder durch eine andere von ihnen benannte Person vertreten.

Art. 29 (Vorsitz in der Vollversammlung)

Den Vorsitz in der Vollversammlung führt der Obmann des Verwaltungsrates und in seiner Abwesenheit der Obmannstellvertreter. Sind diese abwesend, führt die Person den Vorsitz, die von der Vollversammlung mit der Mehrheit der Anwesenden ernannt wird.

Die Vollversammlung bestellt einen Schriftführer, der nicht Mitglied sein muss. Die Bestellung des Schriftführers erfolgt nicht, wenn das Protokoll von einem Notar aufgenommen wird.

Die Funktion, die Befugnisse und die Aufgaben des Obmannes sind durch das Gesetz geregelt.

Art. 30 (Verwaltung)

Die Genossenschaft wird von einem Verwaltungsrat verwaltet.

Dieser Verwaltungsrat setzt sich aus 5 bis 7 Verwaltungsräten zusammen, die von der Vollversammlung nach Festsetzung ihrer Zahl gewählt werden. Der Verwaltungsrat wählt aus sich heraus den Obmann und den Obmannstellvertreter.

Die Mehrheit der Mitglieder des Verwaltungsrates ist aus den Mitgliedern oder aus den Personen zu wählen, die von Rechtspersonen angegeben werden, die ebenfalls Mitglied sind.

Der Verwaltungsrat bleibt drei Jahre im Amt und verfällt an dem Tag vom Amt an dem die Vollversammlung den Jahresabschluss über das letzte Geschäftsjahr seiner Amtsführung genehmigt.

Die Verwalter sind wiederwählbar.

Art. 31 (Aufgaben der Verwalter)

Die Verwalter sind mit weitgehendsten Befugnissen für die Geschäftsführung der Genossenschaft ausgestattet. Ausgenommen sind jene Befugnisse, die durch Gesetz oder durch das Statut der Vollversammlung vorbehalten sind.

Ciascun socio ha un solo voto, qualunque sia l'ammontare della sua partecipazione;

Per i soci sovventori si applica l'art. 17, secondo comma.

I soci che, per qualsiasi motivo, non possono intervenire personalmente all'Assemblea, hanno la facoltà di farsi rappresentare, mediante delega scritta, soltanto da un altro socio avente diritto al voto, appartenente alla medesima categoria di socio cooperatore o sovventore, e che non sia amministratore o dipendente della società.

Ciascun socio non può rappresentare più di un socio.

Il socio imprenditore individuale può farsi rappresentare nell'Assemblea anche dal coniuge, dai parenti entro il terzo grado o dagli affini entro il secondo che collaborano all'impresa. La delega non può essere rilasciata con il nome del rappresentante in bianco.

I soci persone giuridiche sono rappresentati in Assemblea dal loro legale rappresentante oppure da altro soggetto dai medesimi designato.

Art. 29 (Presidenza dell'Assemblea)

L'Assemblea è presieduta dal presidente del Consiglio di amministrazione ed in sua assenza dal Vicepresidente, ed in assenza anche di questi, dalla persona designata dall'Assemblea stessa, col voto della maggioranza dei presenti.

Essa provvede alla nomina di un segretario, anche non socio. La nomina del segretario non ha luogo quando il verbale è redatto da un notaio.

Funzione, poteri e doveri del Presidente sono regolati dalla legge.

Art. 30 (Amministrazione)

La Cooperativa è amministrata, da un Consiglio di Amministrazione.

Lo stesso è composto da 5 a 7 Consiglieri nominati dall'assemblea previa determinazione del loro numero. Il Consiglio di amministrazione elegge nel suo seno il Presidente ed il Vicepresidente.

La maggioranza dei componenti il Consiglio di amministrazione è scelta tra i soci cooperatori, oppure tra le persone indicate dai soci cooperatori persone giuridiche.

Il Consiglio di amministrazione dura in carica per tre anni e scade alla data nella quale la decisione dei soci approva il bilancio relativo all'ultimo esercizio della sua gestione.

Gli Amministratori sono rieleggibili.

Art. 31 (Compiti degli Amministratori)

Gli Amministratori sono investiti dei più ampi poteri per la gestione della Società, esclusi solo quelli riservati all'assemblea dalla legge o dallo statuto.

Il Consiglio di amministrazione può delegare parte delle proprie attribuzioni, ad eccezione delle materie previste dall'art. 2381 del codice civile, dei poteri in materia di

Der Verwaltungsrat kann einen Teil seiner Zuständigkeiten einem oder mehreren seiner Mitglieder oder aber einem Vollzugsausschuss, der sich aus zwei oder mehreren seiner Mitglieder zusammensetzt, übertragen. Dabei müssen aber der Inhalt, die Grenzen und eventuelle Modalitäten der Ausübung der Befugnisse bestimmt werden. Nicht delegierbar sind die im Art. 2381 ZGB vorgesehenen Bereiche, die Zuständigkeiten im Bereich der Aufnahme, des Austrittes und des Ausschlusses der Mitglieder sowie die Entscheidungen, die die genossenschaftlichen Geschäftsbeziehungen mit den Mitgliedern betreffen. Wenigstens einmal alle 6 Monate müssen die beauftragten Organe den Verwaltern und dem Kontrollorgan, falls ernannt, über den allgemeinen Gang der Geschäftsführung, über deren voraussichtliche Entwicklung sowie über die nach Ausmaß und Merkmalen wichtigsten Geschäfte, die in der Genossenschaft und in den von ihr beherrschten Gesellschaften durchgeführt worden sind, Bericht erstatten.

Art. 32 (Einberufung und Beschlüsse)

Der Verwaltungsrat wird vom Obmann immer dann einberufen, wenn Gegenstände zur Entscheidung anstehen oder wenn wenigstens ein Verwaltungsratsmitglied dies verlangt.

Die Einberufung erfolgt durch den Obmann mittels E-Mail oder anderer telematischer Mittel wenigstens 5 Tage vor der Sitzung und im Dringlichkeitsfalle mittels E-Mail oder anderer telematischer Mittel, und zwar so, dass die Verwalter und die Mitglieder des Kontrollorgans, falls ernannt, wenigstens einen Tag vor der Sitzung informiert werden.

Bei Untätigkeit oder Verhinderung des Obmannes kann die Einberufung auch durch den Obmannstellvertreter und bei dessen Untätigkeit oder Verhinderung auch durch den dienstältesten Verwalter im Amt erfolgen.

Der Verwaltungsrat ist beschlussfähig, wenn die Mehrheit der im Amt befindlichen Mitglieder anwesend ist.

Die Beschlüsse werden mit absoluter Mehrheit der anwesenden Stimmen gefasst.

Jeder Verwalter hat jeden Interessenskonflikt, den er selbst oder im Hinblick auf Dritte an einem bestimmten Geschäft der Gesellschaft hat, den übrigen Verwaltern und dem Kontrollorgan unter Angabe von Art, Umfang, Herkunft und Tragweite mitzuteilen; handelt es sich um einen beauftragten Verwalter, hat er sich überdies der Ausführung des Geschäfts zu enthalten und den Verwaltungsrat damit zu betrauen.

Über die anlässlich der Sitzungen des Verwaltungsrates gefassten Beschlüsse ist jeweils ein Protokoll aufzunehmen, das im Protokollbuch des Verwaltungsrates einzutragen und vom Obmann oder seinem Stellvertreter und vom Schriftführer zu unterzeichnen ist.

Die Teilnahme an den Sitzungen kann auch oder ausschließlich über Telekommunikationsmittel erfolgen. In jedem Fall müssen jedoch folgende Bedingungen erfüllt sein:

- 1) der Vorsitzende der Sitzung muss in der Lage sein, die Identität der Anwesenden festzustellen, den

ammissione, recesso ed esclusione dei soci e delle decisioni che incidono sui rapporti mutualistici con i soci, ad uno o più dei suoi componenti, oppure ad un Comitato esecutivo formato da alcuni dei suoi componenti, determinandone il contenuto, i limiti e le eventuali modalità di esercizio della delega.

Ogni 6 mesi gli organi delegati devono riferire agli Amministratori e all'Organo di controllo, se nominato, sul generale andamento della gestione e sulla sua prevedibile evoluzione, nonché sulle operazioni di maggior rilievo, in termini di dimensioni o caratteristiche, effettuate dalla Cooperativa e dalle sue controllate.

Art. 32 (Convocazioni e deliberazioni)

Il Consiglio di amministrazione è convocato dal Presidente tutte le volte nelle quali vi sia materia su cui deliberare, oppure quando ne sia fatta domanda anche da un solo Consigliere.

La convocazione è fatta dal Presidente a mezzo e-mail o altri mezzi telematici da spedirsi non meno di 5 giorni prima dell'adunanza e, nei casi urgenti, a mezzo e-mail o altri mezzi telematici, in modo che gli Amministratori ed i componenti dell'organo di controllo, se nominato, ne siano informati almeno un giorno prima della riunione.

Nel caso di inerzia o impossibilità del Presidente, la convocazione può essere fatta anche dal Vicepresidente e nel caso di sua impossibilità o inerzia anche dall'Amministratore in carica più anziano.

Le adunanze del Consiglio di amministrazione sono valide quando vi intervenga la maggioranza degli Amministratori in carica.

Le deliberazioni sono prese a maggioranza assoluta dei voti presenti.

Ogni Amministratore deve dare notizia agli altri Amministratori ed all'Organo di controllo, se nominato, di ogni conflitto di interesse che, per conto proprio o di terzi, abbia in una determinata operazione della Società, precisandone la natura, i termini, l'origine e la portata; se si tratta di Amministratore Delegato deve altresì astenersi dal compiere l'operazione, investendo della stessa il Consiglio di Amministrazione.

Per le delibere prese in occasione delle adunanze del Consiglio di amministrazione è da redigere verbale, che deve essere trascritto nel libro dei verbali del Consiglio di amministrazione e firmato dal presidente o da chi lo sostituisce e dal segretario.

La presenza alle riunioni può avvenire anche o esclusivamente per il tramite di mezzi di telecomunicazione. In ogni caso devono comunque essere soddisfatte le seguenti condizioni:

- 1) che sia effettivamente possibile al Presidente della riunione accertare l'identità degli intervenuti,

- 2) dem Schriftführer muss es möglich sein, die zu protokollierenden Ereignisse angemessen wahrnehmen zu können;
- 3) den Anwesenden muss es möglich sein, sich an der Diskussion zu beteiligen, während der Behandlung der Tagesordnungspunkte in Echtzeit zu intervenieren und an der gleichzeitigen Abstimmung über die Tagesordnungspunkte teilzunehmen sowie, falls erforderlich, Dokumente einzusehen, zu empfangen oder zu übermitteln.

Wenn die im vorstehenden Absatz genannten Bedingungen erfüllt sind, gilt eine Sitzung, die nicht ausschließlich auf einer Kommunikationsplattform stattfindet, als an dem im Einberufungsschreiben angegebenen physischen Ort abgehalten. Dabei können auch alle Sitzungsteilnehmer mittels Fernkommunikationsmitteln an der Sitzung teilnehmen und es müssen nur der Schriftführer oder der Notar an dem in der Einberufung angegebenen Ort anwesend sein, ebenso wie die Person(en), die gegebenenfalls vom Vorsitzenden der Sitzung beauftragt wurde(n), die Identität der Sitzungsteilnehmer festzustellen.

Art. 33 (Ergänzung des Verwaltungsrates)

Sind ein oder mehrere Verwalter ausgeschieden, führen die übrigen deren Ersetzung nach den Bestimmungen des Art. 2386 ZGB durch, wobei die Zustimmung des Kontrollorgans nicht notwendig ist, wenn dieses nicht ernannt worden ist.

Ist die Mehrheit der Verwalter ausgeschieden, müssen die im Amt verbliebenen die Vollversammlung einberufen, damit sie die fehlenden ersetzt; die so ernannten Verwalter verfallen gleichzeitig mit den bei ihrer Bestellung im Amt befindlichen Verwaltungsratsmitgliedern vom Amt.

Scheiden alle Verwalter aus, muss das Kontrollorgan, sofern es besteht, die Vollversammlung unverzüglich einberufen. Das Kontrollorgan kann zwischenzeitlich die Geschäfte der ordentlichen Verwaltung durchführen. Bei Fehlen des Kontrollorgans, muss der Verwaltungsrat die Vollversammlung einberufen und bleibt bis zu seiner Ersetzung im Amt. Ist die Einberufung wie oben nicht möglich, kann jedes Mitglied diese vornehmen.

Art. 34 (Vergütung für die Verwalter)

Die Vollversammlung legt die Vergütung für die Verwalter und die Mitglieder des Vollzugsausschusses, wenn er bestellt wird, fest. Der Verwaltungsrat setzt nach Anhören des Kontrollorgans die zusätzliche Vergütung jener Verwalter fest, denen besondere Aufgaben übertragen werden.

Art. 35 (Vertretung)

regolare lo svolgimento della riunione, constatare e proclamare i risultati della votazione;

- 2) che sia consentito al soggetto verbalizzante di percepire adeguatamente gli eventi oggetto di verbalizzazione;
- 3) che sia consentito agli intervenuti partecipare alla discussione, intervenire in tempo reale durante la trattazione degli argomenti esaminati, e di partecipare alla votazione simultanea sugli argomenti all'ordine del giorno, nonché, quando necessario, di visionare, ricevere o trasmettere documenti.

Verificandosi le condizioni di cui al paragrafo precedente, la riunione che non si svolge esclusivamente su una piattaforma di comunicazione si considera tenuta nel luogo fisico indicato nell'avviso di convocazione. In tal caso l'intervento in riunione mediante mezzi di telecomunicazione può riguardare anche la totalità dei partecipanti alla riunione, fermo restando che nel luogo indicato nell'avviso di convocazione deve trovarsi il segretario verbalizzante o il notaio, unitamente alla o alle eventuali persone incaricate dal presidente della riunione per l'accertamento di coloro che intervengono alla riunione.

Art. 33 (Integrazione del Consiglio)

In caso di mancanza sopravvenuta di uno o più Amministratori, gli altri provvedono a sostituirli nei modi previsti dall'art. 2386 del codice civile, non ricorrendo tuttavia la necessità di approvazione da parte dell'Organo di controllo qualora quest'ultimo non sia nominato.

Se viene meno la maggioranza degli Amministratori, quelli rimasti in carica devono convocare l'assemblea per la sostituzione dei mancanti; gli Amministratori così nominati scadono insieme con quelli in carica all'atto della loro nomina.

In caso di mancanza sopravvenuta di tutti gli Amministratori, l'assemblea deve essere convocata d'urgenza dall'organo di controllo se nominato, il quale può compiere nel frattempo gli atti di ordinaria amministrazione. In caso di mancanza dell'organo di controllo Collegio sindacale, il Consiglio di amministrazione è tenuto a convocare l'assemblea e rimane in carica fino alla sua sostituzione. Qualora la convocazione come sopra non sia possibile può provvedervi ogni socio.

Art. 34 (Compensi agli Amministratori)

Spetta all'assemblea determinare i compensi dovuti agli Amministratori e ai membri del Comitato esecutivo, se nominato. Spetta al Consiglio, sentito il parere dell'organo di controllo, determinare l'ulteriore remunerazione dovuta a singoli Amministratori investiti di particolari cariche.

Art. 35 (Rappresentanza)

Der Obmann des Verwaltungsrates hat die Vertretung der Genossenschaft gegenüber Dritten und vor Gericht inne. Er ist daher ermächtigt, bei öffentlichen Verwaltungen und bei Privaten Zahlungen jeglicher Art und aus welchem Grund auch immer einzuziehen und darüber mit befreiender Wirkung zu quittieren.

Er ist auch befugt, Rechtsanwälte und Prokuristen in aktiven und passiven Streitfällen der Genossenschaft zu beauftragen, und zwar vor jedem Zivil- und Verwaltungsgericht und in jeder Instanz.

Ist der Obmann abwesend oder verhindert, stehen seine Befugnisse dem Obmannstellvertreter zu, dessen Unterschrift den Beweis für die Abwesenheit oder die Verhinderung des Obmannes darstellt.

Der Obmann kann aufgrund eines Beschlusses des Verwaltungsrates Dritten oder anderen Verwaltern unter Beachtung der einschlägigen Gesetzesbestimmungen Sondervollmachten für einzelne Rechtshandlungen oder für Gruppen von Rechtshandlungen erteilen.

Art. 36 (Kontrollorgan und Rechnungsprüfung)

Die Vollversammlung ernennt, falls gesetzlich verpflichtend oder freiwillig, ein Kontrollorgan oder einen Rechnungsprüfer.

Im Falle der Ernennung eines Kontrollorgans obliegt es der Vollversammlung über dessen monokratische oder kollegiale Zusammensetzung zu entscheiden. Das Kontrollorgan wird unter den Bedingungen gemäß Art. 2409-bis ZGB auch mit der gesetzlichen Rechnungsprüfung betraut, sofern dies nicht anders beschlossen wird.

Es kommt Art. 2477 ZGB zur Anwendung.

Die Teilnahme an den Sitzungen des Kontrollorganes, wenn dieses als Kollegialorgan eingesetzt ist, kann auch oder ausschließlich über Telekommunikationsmittel erfolgen. In jedem Fall müssen jedoch folgende Bedingungen erfüllt sein:

- 1) der Vorsitzenden der Sitzung muss in der Lage sein, die Identität der Anwesenden festzustellen, den Ablauf der Sitzung zu regeln und die Abstimmungsergebnisse festzustellen und zu verkünden;
- 2) dem Schriftführer muss es möglich sein, die zu protokollierenden Ereignisse angemessen wahrnehmen zu können;
- 3) den Anwesenden muss es möglich sein, sich an der Diskussion zu beteiligen, während der Behandlung der Tagesordnungspunkte in Echtzeit zu intervenieren und an der gleichzeitigen Abstimmung über die Tagesordnungspunkte teilzunehmen sowie, falls erforderlich, Dokumente einzusehen, zu empfangen oder zu übermitteln.

Wenn die im vorstehenden Absatz genannten Bedingungen erfüllt sind, gilt eine Sitzung, die nicht ausschließlich auf einer Kommunikationsplattform stattfindet, als an dem im Einberufungsschreiben angegebenen physischen Ort abgehalten. Dabei können auch alle Sitzungsteilnehmer mittels Fernkommunikationsmitteln an der Sitzung teilnehmen und es müssen nur der Schriftführer oder der Notar an

Il presidente del Consiglio di amministrazione ha la rappresentanza della Cooperativa di fronte ai terzi e in giudizio. Perciò è autorizzato a riscuotere, da pubbliche amministrazioni o da privati, pagamenti di ogni natura ed a qualsiasi titolo, rilasciandone liberatorie quietanze.

Egli ha anche la facoltà di nominare avvocati e procuratori nelle liti attive e passive riguardanti la Cooperativa davanti a qualsiasi autorità giudiziaria e amministrativa, ed in qualunque grado di giurisdizione. In caso di assenza o di impedimento del Presidente, tutti i poteri a lui attribuiti spettano al Vicepresidente, la cui firma costituisce piena prova dell'assenza o dell'impedimento del Presidente.

Il Presidente, previa apposita delibera del Consiglio di amministrazione, potrà conferire speciali procure, per singoli atti o categorie di atti, ad altri Amministratori oppure ad estranei, con l'osservanza delle norme legislative vigenti al riguardo.

Art. 36 (Organo di controllo e revisione legale)

L'Assemblea, se obbligatorio per legge o comunque in via facoltativa, nomina un Organo di controllo o un revisore legale dei conti.

Nel caso di nomina dell'Organo di controllo, spetta all'Assemblea definire la sua composizione monocratica o collegiale. Ad esso, alle condizioni di cui all'articolo 2409bis del codice civile, è affidato anche l'incarico di revisione legale dei conti, se non diversamente deliberato.

Si applica l'articolo 2477 del codice civile.

La presenza alle riunioni dell'Organo di controllo quando costituito in forma collegiale può avvenire anche, o esclusivamente, per il tramite di mezzi di telecomunicazione. In ogni caso devono comunque essere soddisfatte le seguenti condizioni:

- 1) che sia effettivamente possibile al presidente della riunione accertare l'identità degli intervenuti, regolare lo svolgimento della riunione, constatare e proclamare i risultati della votazione;
- 2) che sia consentito al componente incaricato della verbalizzazione di percepire adeguatamente gli eventi oggetto di verbalizzazione;
- 3) che sia consentito agli intervenuti partecipare alla discussione, intervenire in tempo reale durante la trattazione degli argomenti esaminati, e di partecipare alla votazione simultanea sugli argomenti all'ordine del giorno, nonché, quando necessario, di visionare, ricevere o trasmettere documenti.

Verificandosi le condizioni di cui al paragrafo precedente, la riunione che non si svolge esclusivamente su una piattaforma di comunicazione si considera tenuta nel luogo fisico indicato nell'avviso di convocazione. In tal caso l'intervento in riunione mediante mezzi di telecomunicazione può riguardare anche la totalità dei partecipanti alla riunione, fermo restando che nel luogo indicato nell'avviso di

dem in der Einberufung angegebenen Ort anwesend sein, ebenso wie die Person(en), die gegebenenfalls vom Vorsitzenden der Sitzung beauftragt wurde(n), die Identität der Sitzungsteilnehmer festzustellen.

TITEL VII AUFLÖSUNG UND LIQUIDATION

Art. 37 (Vorzeitige Auflösung)

Die Vollversammlung, die die Auflösung der Genossenschaft beschließt, bestellt einen oder mehrere Liquidatoren und legt deren Befugnisse fest.

Art. 38 (Verwendung des Vermögens)

Im Falle der Auflösung der Genossenschaft wird das gesamte Genossenschaftsvermögen, das sich aus der Liquidation ergibt, nach folgender Rangordnung verwendet:

- für die Rückzahlung der von den unterstützenden Mitgliedern effektiv eingezahlten und gegebenenfalls im Sinne des Artikels 20 Buchstabe c) aufgewerteten Anteile und der beschlossenen und noch nicht ausbezahlten Dividenden;
- für die Rückzahlung der von den ordentlichen Mitgliedern effektiv eingezahlten und gegebenenfalls im Sinne des Artikels 20 Buchstabe c) aufgewerteten Anteile und der beschlossenen und noch nicht ausbezahlten Dividenden;
- für die Zuweisung an den Mutualitätsfonds zur Förderung und Entwicklung des Genossenschaftswesens gemäß Art. 11 des Gesetzes Nr. 59 31.01.1992.

TITEL VIII ALLGEMEINE UND SCHLUSSBESTIMMUNGEN

Art. 39 (Geschäftsordnungen)

Um das Verhältnis zwischen der Genossenschaft und den Mitgliedern besser zu gestalten, kann der Verwaltungsrat eigene Geschäftsordnungen ausarbeiten und der Vollversammlung zur Genehmigung vorlegen. Betrifft die Geschäftsordnung die genossenschaftlichen Geschäftsbeziehungen mit den Mitgliedern, muss sie von der Vollversammlung mit den Mehrheiten genehmigt werden, die für eine Statutenänderung vorgesehen ist. In den Geschäftsordnungen kann auch die Regelung und die Aufgaben von technischen Komitees, sollten sie bestellt werden bestimmt werden.

Art. 40 (Prinzipien der genossenschaftlichen Förderung, unaufteilbare Rücklagen und Verwendung)

Die Grundsätze auf dem Gebiet der Verzinsung des Genossenschaftskapitals, der unaufteilbaren Rücklagen, der Verwendung des Restvermögens und der Zuteilung eines Gewinnanteiles an den Mutualitätsfonds für die Förderung und Entwicklung des Genossenschaftswesens sind unabänderlich und müssen tatsächlich beachtet werden. Zu beachten sind jedenfalls die im Art 2514 ZGB vorgesehenen Verbote

convocazione deve trovarsi il segretario verbalizzante o il notaio, unitamente alla o alle eventuali persone incaricate dal presidente della riunione per l'accertamento di coloro che intervengono alla riunione.

TITOLO VII SCIoglimento E LIQUIDAZIONE

Art. 37 (Scioglimento anticipato)

L'Assemblea che dichiara lo scioglimento della Società nominerà uno o più Liquidatori stabilendone i poteri.

Art. 38 (Devoluzione patrimonio finale)

In caso di scioglimento della Società, l'intero patrimonio sociale risultante dalla liquidazione sarà devoluto nel seguente ordine:

- a rimborso delle quote effettivamente versate dai soci sovventori, eventualmente rivalutate a norma del precedente articolo 20, lettera c) e dei dividendi deliberati e non ancora corrisposti;
- a rimborso delle quote effettivamente versate dai soci cooperatori, eventualmente rivalutate a norma del precedente articolo 20, lettera c) e dei dividendi deliberati e non ancora corrisposti;
- al Fondo mutualistico per la promozione e lo sviluppo della cooperazione, di cui all'art. 11 della legge 31.01.92, n. 59.

TITOLO VIII DISPOSIZIONI GENERALI E FINALI

Art. 39 (Regolamenti)

Per meglio disciplinare i rapporti tra la Società ed i soci il Consiglio di amministrazione potrà elaborare appositi regolamenti sottoponendoli successivamente all'approvazione dell'Assemblea. Ove un regolamento riguardi lo svolgimento dell'attività mutualistica, dovrà essere approvato dall'assemblea con le maggioranze previste per le modifiche statutarie. Nei regolamenti potranno essere stabiliti l'ordinamento e le mansioni dei Comitati tecnici se verranno costituiti.

Art. 40 (Principi di mutualità, indivisibilità delle riserve e devoluzione)

I principi in materia di remunerazione del capitale, di riserve indivisibili, di devoluzione del patrimonio residuo e di devoluzione di una quota degli utili annuali ai fondi mutualistici per la promozione e lo sviluppo della cooperazione, sono inderogabili e devono essere di fatto osservati. I divieti e gli obblighi previsti dall'art. 2514 codice civile vanno comunque osservati. In

und Pflichten. Dabei gelten gemäß Art. 2514 ZGB folgende Einschränkungen für die Genossenschaft:

- a) das Verbot der Ausschüttung von Dividenden in einem Ausmaß, das den Höchstzinssatz für verzinsliche Schuldverschreibungen der Post um mehr als zweieinhalb Prozentpunkte übersteigt, wobei vom tatsächlich eingezahlten Kapital auszugehen ist;
- b) das Verbot der Bedienung der den Mitgliedern zur Zeichnung angebotenen Finanzinstrumente in einem Ausmaß, welches das für die Dividenden vorgesehene Höchstausmaß um mehr als zwei Prozentpunkte übersteigt;
- c) das Verbot der Verteilung der Rücklagen unter den Mitgliedern;
- d) die Pflicht, im Fall der Auflösung der Gesellschaft das gesamte Gesellschaftsvermögen nach Abzug nur des Gesellschaftskapitals und der allenfalls angereiften Dividenden an den Mutualitätsfonds für die Förderung und Entwicklung des Genossenschaftswesens zu übertragen.

Art. 41 (Verweis)

Für alles, was in diesem Statut nicht geregelt ist, gelten die Bestimmungen des Gesetzes über die Genossenschaften mit vorwiegender Mitgliederförderung („a mutualità prevalente“).

Sofern die Artikel 2511 ff. ZGB nichts anderes bestimmen, sind gemäß Art. 2519 ZGB die Bestimmungen über die Gesellschaft mit beschränkter Haftung anwendbar, soweit sie kompatibel sind.

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird auf die gleichzeitige Verwendung der Sprachformen männlich, weiblich und divers (m/w/d) verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten gleichermaßen für alle Geschlechter.

Im Streitfall hat der deutsche Text dieser Satzungen Gültigkeit.

particolare, ai sensi dell'articolo 2514 del codice civile, la Cooperativa:

- a) non potrà distribuire dividendi in misura superiore all'interesse massimo dei buoni postali fruttiferi, aumentato di due punti e mezzo rispetto al capitale effettivamente versato;
- b) non potrà remunerare gli strumenti finanziari offerti in sottoscrizione ai soci cooperatori in misura superiore a due punti rispetto al limite massimo previsto per i dividendi;
- c) non potrà distribuire riserve fra i soci cooperatori;
- d) dovrà devolvere, in caso di scioglimento della Cooperativa, l'intero patrimonio sociale, dedotto soltanto il capitale sociale e i dividendi eventualmente maturati, ai Fondi mutualistici per la promozione e lo sviluppo della cooperazione.

Art. 41 (Rinvio)

Per quanto non previsto dal presente statuto, valgono le vigenti norme di legge sulle società cooperative a mutualità prevalente.

Per quanto non previsto dagli Artt. 2511 ss. del codice civile contenente la “disciplina delle società cooperative”, a norma dell'art. 2519 si applicano, in quanto compatibili, le norme delle società a responsabilità limitata.

Per motivi di leggibilità, si rinuncia all'uso simultaneo di forme linguistiche maschili, femminili e neutre (m/f/n). Tutte le designazioni personali valgono espressamente per tutti i generi.

In caso di controversie fa fede il testo in lingua tedesca di questo statuto.

Gez./F.to EGGER Siegfried
Gez./F.to KLAMMER Thomas
Gez./F.to DUFFEK Johann
Gez./F.to WIESER Thomas
Gez./F.to FILL Herbert
Gez./F.to HUBER Peter
Gez./F.to TSCHÖRNER Harald
Gez./F.to MAIR Monika
Gez./F.to GUTMANN Josef
Gez./F.to HOFER Gerhard
Gez./F.to ROMEN Paul
Gez./F.to STRAUDI Günther
Gez./F.to Stefania Bez - Notar/Notaio
L.S.